



Presseschau vom 13.10.2022

Quellen: Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, snanews, rusvesna.su, voicesevas.ru, hinzu kommen Informationen der Seiten dan-news, *dnronline*, *lnr-portal*, *Novorossia*, *dnr-news*, *novorosinform* u.a. sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken *dan-news*, *lug-info*. Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. *BigMir*, *UNIAN*, *Ukrinform*, *KorrespondenT* und die Online-Zeitung *Timer aus Odessa* ein. Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind Nachrichtenquellen *aus den neuen Volksrepubliken im Donbass in Rot* (*dnr-online*, *lnr-portal*, *Novorossia*, *dan-news*, *lug-info*, *dnr-news*, *novorosinform* u.a.) und *ukrainische Quellen in Blau* (*BigMir*, *Ukrinform*, *UNIAN*, *KorrespondenT* und *Timer*) gekennzeichnet. Die Wiedergabe russischer und anderer Medien erfolgt in schwarzer Farbe. Meldungen *aus Sozialen Netzwerken* sind *violett* gekennzeichnet. Ausgewählt und übersetzt durch das Kollektiv der „Alternativen Presseschau“

Die Online-Version ist unter <https://alternativepresseschau.wordpress.com/> erreichbar.

Technischer Hinweis:

Bei den ‚Lesetipps‘ und für Bilder verwenden wir externe Verweise auf die Originalquellen. Wegen aktuell bestehender Einschränkungen innerhalb der EU kann es vorkommen, dass einzelne Verweise zeitweilig nicht funktionieren.

In vielen Fällen lässt sich das Problem beheben, indem man in den Verbindungseinstellungen des jeweiligen Browsers ‚[DNS über HTTPS](#)‘ aktiviert ([Anleitungen](#) u.a. [hier](#)) und einen geeigneten DNS-Server (z.B. *Cloudflare*) festlegt.

Reicht das nicht aus, bietet sich die Nutzung eines VPN mit einem Server außerhalb der EU an. Ein Beispiel hierfür ist [ZenMate](#), das für alle gängigen Browser als kostenlose Erweiterung verfügbar ist. In der kostenlosen Version eignen sich hier die Server in den USA und Singapur.

Referenzierte Bilder werden manchmal nicht sofort angezeigt, weil die jeweiligen Quellen eine eingebaute DDoS-Prüfung verwenden. Hier hilft meist, das jeweilige Bild über das Kontextmenü des Browsers explizit neu zu laden.

Außer der Reihe – Lesetipps:

de.rt.com: Live-Ticker zum Ukraine-Krieg

Russland führt gemeinsam mit den Streitkräften der Donbass-Republiken eine Militäroperation in der Ukraine durch. Der Westen reagiert mit immer neuen Waffenlieferungen an die Ukraine und beispiellosen Sanktionen. Hier lesen Sie die neuesten Entwicklungen. ...

<https://kurz.rt.com/2tg9> bzw. [hier](#)

de.rt.com: Krisen- und Insolvenzticker Deutschland und Europa

Die deutsche Wirtschaft rutscht immer tiefer in die Krise. Unter dem Druck dramatisch steigender Energiekosten und anderer ungünstiger Rahmenbedingungen sind allein in diesem Jahr tausende Unternehmen insolvent gegangen. Wir fassen in diesem Ticker die wichtigsten Entwicklungen und Neuigkeiten zusammen. ...

<https://kurz.rt.com/380r> bzw. [hier](#)

wpered.su: Alles für die Front, alles für den Sieg! Erklärung des Vorsitzenden des ZK der KPRF G.A. Sjuganow.

Die Lage in der Kampfzone in der Ukraine hat sich in der letzten Zeit deutlich verändert. Die Armee des Neonazi-Regimes ist zur Gegenoffensive übergegangen. Die terroristischen Akte auf die Gasleitung „Nordstream 2“, auf die Krimbrücke und die täglichen Beschüsse des AKWs in Saporoshe zeigen, dass die Globalisten vor nichts zurückschrecken, um unser Land zu destabilisieren. Jetzt läuft keine militärische Spezialoperation, sondern ein Krieg der USA und ihrer Verbündeten gegen Russland vermittelt der Bandera-Faschisten. ...

<http://wpered.su/2022/10/12/alles-fur-die-front-alles-fur-den-sieg/>

Andrei Restschikow: Selenskij fordert mehr Druck auf Moskau – NATO zeigt sich zurückhaltend

Putin stellt klar, dass es sich bei der Aufnahme der vier neuen Gebiete in die Russische Föderation um eine von der UN-Charta gestützte Willensbekundung handelt. Die Ukraine ist zu einem Quasi-Staat geworden, sagen Experten. Für die NATO sei das Land uninteressant.

...

<https://kurz.rt.com/38s2> bzw. [hier](#)

Seyed Alireza Mousavi: Der nächste Rückschlag für Biden: Staatsoberhaupt der Emirate besucht Putin in Sankt Petersburg

Der jüngste OPEC+-Beschluss zur drastischen Drosselung der Ölproduktion war eine Ohrfeige für das Weiße Haus. Der nächste Rückschlag für Joe Biden in Nahost war das gestrige Gipfeltreffen zwischen Präsident Putin und dem Staatsoberhaupt der Vereinigten Arabischen Emirate in Sankt Petersburg, wo Al-Nahyan Schulterchluss mit der Kremlführung demonstriert hat. ...

<https://kurz.rt.com/38sf> bzw. [hier](#)

Dagmar Henn: Selenskij, der virtuelle Held

Jeder nur denkbare Trick, jeder psychologische Kniff, jedes propagandistische Kunststückchen wird eingesetzt, um für "die Ukraine" zu werben. Da lässt sich schon längst nicht mehr unterscheiden, was wahr, was gelogen und was schlicht erfunden ist. Selenskij eingeschlossen. ...

<https://kurz.rt.com/38ud> bzw. [hier](#)

Mirko Lehmann: Unmaskiert: Steinmeier unterwegs – zur Feldforschung im Osten

Öffentlichkeitswirksam hat der Bundespräsident sein Schloss verlassen, allerdings nur für drei Tage. In Neustrelitz will Frank-Walter Steinmeier sich einen Eindruck vom Alltag machen,

angeblich auch spontan. Die Reise wird professionell in Szene gesetzt, jedoch mit gewissen Patzern. ...

<https://kurz.rt.com/38u6> bzw. [hier](#)

Augusto Zamora Rodríguez: Ukraine: Jetzt fängt der Krieg erst wirklich an

Die Eingliederung der Regionen Lugansk, Donezk, Cherson und Saporoschje in die Russischen Föderation hat einen Wendepunkt im Ukraine-Krieg markiert. Durch die zunehmende Einmischung der NATO steht uns damit ein Winter voller Überraschungen bevor. ...

<https://kurz.rt.com/38uj> bzw. [hier](#)

abends/nachts:

20:48 de.rt.com: Ukrainischer Regierungschef ruft zum Energiesparen auf

Der ukrainische Ministerpräsident Denis Schmygal hat die Bewohner seines Landes erneut dazu aufgerufen, den Energieverbrauch um ein Viertel zu reduzieren. In einem auf seinem Telegramkanal veröffentlichten [Video](#) sagte er:

"Um planmäßige Abschaltungen zu vermeiden, müssen wir bewusst erreichen, dass der Energieverbrauch zwischen 17 und 22 Uhr ukraineweit um 25 Prozent reduziert wird."

Schmygal fügte hinzu, dass die Bevölkerung zu vorübergehenden Stromausfällen bereit sein sollte.



[https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.10/original/6346e7e648fbef6b53621b9e.jp](https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.10/original/6346e7e648fbef6b53621b9e.jpg)

[g](#)

Denis Schmygal

21:00 de.rt.com: Westliche Medien billigen Kiews Angriff auf Krim-Brücke – Experte

Die westlichen Medien übersehen gerne den Terroranschlag auf die Krim-Brücke und unterstützen damit stillschweigend den ukrainischen Staatsterrorismus, meint der venezolanische Politologe Romero.

Der venezolanische Politikwissenschaftler, Professor und Experte für politische Kommunikation Orlando Romero sprach mit der Nachrichtenagentur RIA Nowosti darüber, dass die westlichen Medien den ukrainischen Angriff auf die Krim-Brücke offenbar gutheißen und fleißig vertuschen. Er sagte dazu:

"Offensichtlich wurde diese Aktion von der NATO koordiniert. Sie hatte territoriale und politische Aspekte. Aber auch mediale Aspekte, denn diese Aggression, die tief im Inneren der Russischen Föderation stattfindet, wird von den Medien nun vertuscht und unterstützt."

Abgesehen davon, dass Verkehrsadern vorrangige militärische Ziele seien, der Angriff auf die Krim-Brücke sei ein Versuch gewesen, die "militärische Macht" der Ukraine zu demonstrieren, so Romero. Und dies sei sicherlich ein weiterer Schritt in Richtung der Konfrontation, auf die sich die westlichen Länder eingestellt hätten, meint der Experte: "Russland hat sich in dem Konflikt als diplomatisch, aufgeschlossen und friedensorientiert gezeigt, während die Ukraine und die sie unterstützenden Länder auf Konfrontation aus sind." Auffällig ist, dass Vertreter mehrerer europäischer Länder und der NATO sich weigerten, den Terroranschlag auf die Krim-Brücke zu kommentieren und zu verurteilen. So erklärte NATO-Generalsekretär Jens Stoltenberg, dass die NATO-Länder "die Krim niemals als russisches Hoheitsgebiet anerkennen werden" und fügte hinzu, dass er "den Ukrainern Kommentare zum Vorfall auf der Krim-Brücke überlassen" werde.

Auch das französische Außenministerium lehnte eine Stellungnahme ab. Ein Sprecher des französischen Auswärtigen Amtes sagte bei einer Pressekonferenz am 10. Oktober:

"Was den Zwischenfall an der Kertschbrücke betrifft, so kommentieren wir diese Ereignisse nicht."

Das kanadische Außenministerium ging sogar noch weiter und bezeichnete die Krim-Brücke als "legitimes Ziel" für Angriffe der ukrainischen Armee. Oleg Stepanow, Russlands Botschafter in Kanada, erklärte der Nachrichtenagentur TASS am 10. Oktober, dass die stellvertretende Außenministerin des Landes ihm das Folgende mitgeteilt habe, als er ins kanadische Außenministerium einbestellt worden sei:

"Mir wurde gesagt, dass Kanada die Krim als Teil der Ukraine betrachtet, dass die Brücke illegal gebaut wurde und zur Versorgung der russischen Streitkräfte dient. Daher sei diese Brücke, wie die Frau Vizeministerin betonte, ein legitimes militärisches Ziel im Sinne des Kriegsgesetzes und des Völkerrechts."



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.10/article/634681b9b480cc31660fd11d.jpg>

21:14 de.rt.com: **Waffenversteck in Cherson aufgespürt**

Die Sicherheitskräfte des Gebiets Cherson haben ein Waffenversteck in der Gebietshauptstadt aufgedeckt. Wie die Nachrichtenagentur TASS unter Berufung auf die Rechtsschutzbehörden meldete, berichteten ihnen Einheimische über Chatbots vom Versteck. Dessen Besitzer sei ein Mitarbeiter des Sicherheitsdienstes der Ukraine (SBU) gewesen, der inzwischen in das von Kiew kontrollierte Territorium geflohen war.

Chersoner Sicherheitsbehörden fanden im Versteck zahlreiche Schusswaffen, darunter Sturmgewehre US-amerikanischer Produktion, sowie eine US-Militäruniform vor. TASS veröffentlichte eine [Videoaufnahme](#) der Funde.

21:21 de.rt.com: **Russland macht ukrainischen Geheimdienstchef für Anschlag auf Krim-Brücke verantwortlich**

Laut dem russischen Inlandsgeheimdienst FSB soll der Chef des ukrainischen Militärgeschwader GUR der Drahtzieher hinter dem Anschlag am vergangenen Samstag auf die Krim-Brücke sein. Es habe im Zusammenhang mit dem Anschlag mittlerweile

Verhaftungen gegeben.

Der russische Inlandsgeheimdienst FSB beschuldigt den ukrainischen Militärgeschwärtzdienst ([GUR](#): Головне управління розвідки), hinter dem Anschlag auf die Krim-Brücke vom vergangenen Samstag zu stecken. Der FSB macht den Leiter Kirill Budanow des GUR persönlich für die Operation verantwortlich.

Der FSB hat auch bekannt gegeben, dass es Verhaftungen im Zusammenhang mit dem Anschlag auf die Krim-Brücke gegeben habe. Zudem machte der russische Inlandsgeheimdienst auch Einzelheiten über das mutmaßliche ukrainische Terroristenkomplott öffentlich.

Demnach hat Russland bisher zwölf Personen als mutmaßliche Komplizen des Komplotts identifiziert und acht von ihnen bereits verhaftet, so der FSB. Auf der Liste der Festgenommenen sollen fünf Russen und drei Ausländer stehen, die die ukrainische oder armenische Staatsbürgerschaft besitzen.

Weiter erklärte der FSB, dass die Explosionsladung aus der ukrainischen Stadt Odessa stammen soll. Der Sprengstoff soll in Gestalt von Rollen mit Plastikbaufolie getarnt gewesen sein, die auf Paletten verschifft wurden und eine Gesamtmasse von 22.770 kg hatten, hieß es weiter in der Erklärung.

Den Ermittlern zufolge verließ die Lieferung Odessa im August und ging über [Russe in Bulgarien](#) nach [Poti in Georgien](#). Anschließend soll die Ladung nach Armenien transportiert worden sein, also in ein Land, das ein Freihandelsabkommen mit Russland hat und für das daher die Zollbestimmungen gelockert wurden. Anschließend soll der Sprengstoff am 4. Oktober über Georgien nach Russland eingeführt worden sein.

In den Transportpapieren sei eine nicht existierende Firma auf der Krim als Endempfänger angegeben, so der Inlandsgeheimdienst weiter. Die Dokumente seien jedoch nur die letzten von weiteren Unterlagen, die zur Verschleierung des Transports verwendet worden seien, hieß es weiter.

Ein Agent des ukrainischen Militärgeschwärtzdienstes GUR, als "Iwan Iwanowitsch" benannt, soll nach Angaben des FSB den Verlauf der "Lieferung" kontrolliert haben. Dabei soll er eine anonyme, "virtuelle" Telefonnummer für die Kommunikation genutzt haben, daneben aber auch eine zweite, reguläre Handynummer, die einem ukrainischen Staatsbürger zugeordnet sei. Der FSB schließt die Verlautbarung mit der Versicherung:

"Die Ermittlungen gehen weiter. Alle Organisatoren und Komplizen des Verbrechens, einschließlich ausländischer Bürger, werden zur Rechenschaft gezogen."

Ein Sprecher des ukrainischen Militärgeschwärtzdienstes erklärte gegenüber den Medien, der FSB sei eine "Struktur für Fakes" und dass der Bericht keinen Kommentar wert sei.

Bei dem Anschlag auf die Brücke kamen mindestens drei Menschen ums Leben, darunter der Lkw-Fahrer. Eine vierte Leiche, die möglicherweise mit dem Vorfall in Verbindung steht, wurde Berichten zufolge diese Woche entdeckt. Durch die Explosion wurde auch der Straßenabschnitt der Brücke beschädigt, und es wurden Waggons mit Öltanks auf der parallel verlaufenden Eisenbahnlinie in Brand gesetzt.

In Kiew wollte sich niemand offiziell zu dem Anschlag bekennen, aber viele ukrainische Beamte bejubelten unverhohlen den Anschlag. Die ukrainische Post kündigte sogar eine Sonderbriefmarke an, die dem Vorfall gewidmet ist, und ließ in Kiew ein großes Exemplar aufstellen, vor dem die Menschen Selfie-Fotos machen können.

Alexei Danilow, der Sekretär des ukrainischen Nationalen Sicherheitsrates, postete Bilder der Explosion neben Marilyn Monroes ikonischer Darbietung von "Happy Birthday to you" für den einstigen US-Präsidenten John F. Kennedy. Die Explosion ereignete sich einen Tag, nachdem der russische Präsident Wladimir Putin seinen 70sten Geburtstag gefeiert hatte. Als Reaktion auf den Anschlag und andere mutmaßliche ukrainische Anschläge auf die russische Infrastruktur hat Moskau in dieser Woche Dutzende von Raketen auf wichtige ukrainische Infrastruktur- und Energieanlagen abgefeuert. Wie Kiew am Dienstag mitteilte, seien dabei auch 23 Menschen getötet und mehr als 100 verletzt worden.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.10/article/6346920048fbef68e6436dd2.jpg>
Krim-Brücke im Abendlicht am 11. Oktober 2022

21:42 de.rt.com: **Wegen Unruhestiftung durch Verbreitung von Fake-News: Iran verklagt US-Technologieunternehmen Meta**

Teheran will das Technologieunternehmen Meta wegen der Verbreitung von Fake-News im Zuge der jüngsten Unruhen in Iran verklagen. Wenige Tage nach dem Ausbruch der Proteste und Aufstände in Iran enthüllte die Washington Post, dass das Pentagon eine umfassende Überprüfung all seiner Online-Aktivitäten wegen der Verbreitung von Fake-News eingeleitet hatte.

Iran will im Zusammenhang mit den jüngsten Revolten im Land das US-amerikanische Technologieunternehmen Meta Platforms, Inc. wegen Unruhestiftung durch Verbreitung von Fake-News verklagen. "Die beiden sozialen Netzwerke Instagram und WhatsApp (von Meta Platforms) waren als Teil der Verschwörungsoperationen unserer Feinde an der Verbreitung von Hetzmaterial und Gefährdung unserer nationalen Sicherheit beteiligt", sagte Vize-Innenminister Madschid Mirahmadi am Montag. Die nationale Sicherheit sei die "rote Linie" der Rechtsordnung. Wie genau das Innenministerium nun juristisch gegen Meta Platforms vorgehen will, ist noch nicht bekannt.

Kurz nach den gewaltsamen Protesten und Unruhen wegen des dramatischen Todes einer 22-jährigen Iranerin vor drei Wochen - angeblich während des Gewahrsams durch die Polizei - hat die Regierung das Internet zeitweise massiv eingeschränkt, wobei die zum Meta-Konzern gehörenden Applikationen Instagram und WhatsApp weiterhin gesperrt bleiben. Die meisten Berichte und Videos in den sozialen Medien sollen gefälscht oder manipuliert worden sein, um ein verzerrtes Bild von Form und Ausmaß der Proteste zu verbreiten. "Insbesondere die Opferzahlen sind nicht wahr", sagte der Vize-Innenminister Irans. Zahlen würden erst veröffentlicht, wenn alle Untersuchungen beendet seien.

Wenige Tage nach dem Ausbruch der Proteste und Aufstände in Iran enthüllte die [Washington Post](#) (WP), dass das Pentagon eine umfassende Überprüfung all seiner Online-Aktivitäten für psychologische Kriegsführung eingeleitet hatte. WP berief sich dabei auf einen detaillierten Bericht des Stanford Internet Observatory. Dessen Forscher haben ausgewertet, in welchem Ausmaß US-Institutionen - unter ihnen das für den Nahen Osten zuständige CENTCOM der Streitkräfte - in mehreren Ländern, vor allem Iran, über soziale Medien mittels Verbreitung von Fake-News versteckt Einfluss auf die Meinungsbildung genommen hätten.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.10/article/6347189bb480cc7291567b8f.jpg>
Randalierer in Teheran am 21. September 2022

22:20 de.rt.com: **Erste aktualisierte Karten mit neuen russischen Gebieten erhältlich**

Die ersten [Landkarten](#), die die Volksrepubliken Donezk und Lugansk sowie die Gebiete Cherson und Saporoschje als Bestandteile der Russischen Föderation zeigen, sind in den Handel gekommen, dies meldete die stellvertretende Leiterin der militärisch-zivilen Verwaltung des Gebiets Cherson, Jekaterina Gubarewa. In ihrem Telegramkanal veröffentlichte sie das [Foto einer aktualisierten Karte](#) und schrieb:

"Solche Karten sind bei uns in Cherson bereits erhältlich. Wie sie sehen, befindet sich unser Gebiet innerhalb der Grenzen Russlands."

Das Gebiet Cherson hatte sich zuvor gemäß den Ergebnissen eines entsprechenden Referendums gemeinsam mit dem Gebiet Saporoschje und den Volksrepubliken Donezk und Lugansk der Russischen Föderation angeschlossen.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.10/article/6347270ab480cc365960ccf8.PNG>

22:44 de.rt.com: **Frankreich und Dänemark wollen weitere Waffen in die Ukraine liefern**

Paris und Kopenhagen wollen Kiew weitere sechs Selbstfahrlafetten vom Typ Caesar liefern. Dies erklärte der französische Präsident Emmanuel Macron. In einem Interview mit dem Fernsehkanal France 2 sagte er:

"Gegenwärtig arbeiten wir gemeinsam mit Dänemark an einer Lieferung von zusätzlichen sechs CAESAR-Selbstfahrlafetten."

Macron betonte, dass Frankreich auch weiterhin Waffen für Kiew bereitstellen werde, rief

aber gleichzeitig dazu auf, eine weitere Eskalation des Konflikts zu vermeiden. Zuvor hatten französische Medien berichtet, dass Paris etwa zwanzig Schützenpanzer vom Typ Bastion sowie sechs bis zwölf CAESAR-Selbstfahrlafetten, die ursprünglich für Dänemark bestimmt waren, an die Ukraine abgeben werde.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.10/original/634723c6b480cc365960ccf2.jpg>

CAESAR-Haubitze

22:55 de.rt.com: **UNO-Vollversammlung verurteilt Beitritt der neuen Gebiete zu Russland**

Die Vollversammlung der UNO hat den Beitritt der Donbass-Republiken und der Gebiete Cherson und Saporoschje zu Russland als angebliche Annexionen verurteilt. Für eine entsprechende vom Westen initiierte Resolution stimmten 143 der 193 Mitgliedsstaaten. Russland, die Demokratische Volksrepublik Korea, Nicaragua, Syrien und Weißrussland votierten dagegen. 35 Länder enthielten sich, darunter mehrere afrikanische Staaten sowie China, Indien und Pakistan, die gemeinsam die Mehrheit der Weltbevölkerung repräsentieren. Der Beschluss ist völkerrechtlich nicht bindend.

Der russische UNO-Botschafter Wassili Nebenjsa bezeichnete die Resolution als provokativ und konfrontativ. Sie diene lediglich als Instrument für die geopolitischen Ambitionen westlicher Länder. Chinas Botschafter Geng Shuang begründete die Enthaltung seines Landes damit, dass die Resolution eine Deeskalation im Ukraine-Konflikt behindere.

vormittags:

6:00 de.rt.com: **Quelle: G7-"Beobachter" in der Ukraine könnten zu militärischen Zielen werden**

Sollten die G7-Staaten dem Aufruf von Wladimir Selenskij folgen und ihre sogenannten "Beobachter" an die ukrainisch-weißrussische Grenze entsenden, werden sie als militärische Ziele betrachtet – so, eine anonyme Quelle in Moskau.

Nach der Verschlechterung der Lage an der weißrussisch-ukrainischen Grenze forderte Wladimir Selenskij die G7-Staaten auf, internationale Beobachter zur Überwachung der Sicherheitslage an der Nordgrenze der Ukraine zu entsenden. Eine anonyme Quelle in Moskau meinte jedoch in einem Gespräch mit der Nachrichtenagentur RIA Nowosti: "Wenn die G7-Länder, die bereits in den Konflikt verwickelt sind, indem sie Kiew mit Waffen, nachrichtendienstlichen Informationen und Kampfführung versorgen und ukrainische Kämpfer ausbilden, positiv auf Selenskij's Ersuchen reagieren, Beobachter in die Ukraine zu

entsenden, wird dies sie endgültig als Konfliktpartei zementieren und die sogenannten Beobachter zu legitimen militärischen Zielen machen."

Zuvor hatte der weißrussische Präsident Aleksander Lukaschenko wiederholt erklärt, dass die Lage an der ukrainisch-weißrussischen Grenze angespannt sei - Anfang Oktober berichtete er, dass Kiew eine 15 000 Mann starke Truppe an der Grenze zu Weißrussland stationiert habe. Auch an der weißrussisch-polnischen Grenze sei die Lage kompliziert. Laut Lukaschenko erwägen die NATO und mehrere europäische Länder Optionen für eine mögliche Aggression gegen Belarus.

Am 9. Oktober erklärte Generalleutnant Anatoli Lappo, der Vorsitzende des staatlichen Grenzkomitees, dass die ukrainische Armee alle Wege nach Belarus - sowohl Straßen als auch Eisenbahnstrecken - vermint habe. Außerdem habe man "praktisch alle Grenzbrücken gesprengt". Lappo fügte hinzu:

"Das geht so weit, dass sie in drei Reihen Panzerabwehrminen auf die Straßen legen."

Aufgrund der sich verschlechternden Lage wurde beschlossen, eine gemeinsame regionale Gruppierung von russischen und weißrussischen Truppen an die Westgrenze zu entsenden.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.10/article/6346c925b480cc1c76643a85.jpg>

6:30 de.rt.com: **Fast 80 Prozent der russischen Bevölkerung unterstützen Beitritt der neuen Regionen**

Über drei Viertel der Bewohner Russlands befürworten den Beitritt der Donbass-Republiken und der Gebiete Cherson und Saporoschje zur Föderation, wie aus einer Umfrage hervorgeht. Eine relative Mehrheit wünscht sich sogar, dass die Referenden früher stattgefunden hätten. Die überwiegende Mehrheit der russischen Bevölkerung unterstützt den Beitritt der Donbass-Republiken und der Gebiete Cherson und Saporoschje zur Russischen Föderation. Dies geht aus einer Umfrage des russischen Meinungsforschungsinstituts "Stiftung Gesellschaftliche Meinung" (FOM) hervor, deren [Ergebnisse](#) am Mittwoch auf der Website des Instituts veröffentlicht wurden.

Demnach befürworten 78 Prozent der Befragten den Beitritt der neuen Regionen zu Russland. Gegen den Beitritt sprachen sich sieben Prozent der Befragten aus. Drei Prozent befürworteten den Beitritt von nur einigen unter den vier neuen Gebieten, während der Rest keine Angaben machte.

In Bezug auf den Zeitpunkt der Referenden sind 37 Prozent der Befragten der Ansicht, dass sie in den Donezker und Lugansker Volksrepubliken rechtzeitig stattgefunden hatten. 44 Prozent hätten sich eine frühere Durchführung der Referenden gewünscht. Für die Gebiete Cherson und Saporoschje betragen die entsprechenden Werte jeweils 31 und 42 Prozent. Eine weitere Frage lautete, ob die Ergebnisse der Referenden die tatsächliche Meinung der Bewohner der neuen Gebiete widerspiegeln. Diese Frage wurde von 68 Prozent der Befragten in Bezug auf das Gebiet Saporoschje, von 69 Prozent in Bezug auf das Gebiet Cherson sowie von 78 Prozent im Falle der beiden Donbass-Republiken bejaht. Lediglich sieben Prozent der Befragten glaubten, dass die Ergebnisse nicht der Meinung der Bewohner der Donbass-Republiken entsprechen, während für die Gebiete Cherson und Saporoschje dieser Wert acht

Prozent betrug.

Die FOM gab an, dass die Umfrage vom 30. September bis zum 2. Oktober in 104 Ortschaften der 53 russischen Regionen durchgeführt wurde. Insgesamt seien 1.500 Personen befragt worden, die Fehlerquote betrage 3,6 Prozent.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.10/article/6346f89248fbef6cfa304a16.jpg>

Öffentliche Feier in Moskau am 30. September anlässlich des Beitritts der Donbass-Republiken und der Gebiete Cherson und Saporoschje zu Russland

7:00 de.rt.com: **Neuer ukrainischer Botschafter Makejew von kommender Woche an in Berlin**

Der neue ukrainische Botschafter Alexei Makejew wird bereits Anfang kommender Woche in Berlin das Amt von seinem Vorgänger Andrei Melnyk übernehmen. Das berichtet die Nachrichtenagentur *dpa* unter Berufung auf ukrainische Regierungskreise. Demnach soll der bisherige Sonderbeauftragte für die Sanktionen gegen Russland am Montag aus Kiew an seiner neuen Wirkungsstätte eintreffen.

Melnyk hingegen soll in Kiew einen neuen Posten im Außenministerium übernehmen. Es wird erwartet, dass er Deutschland bereits am Samstag verlässt. Der ukrainische Präsident Wladimir Selenskij hatte Melnyk Mitte Juli von seinem Posten abberufen – wohl auch wegen dessen umstrittenen Aussagen gegenüber deutschen Politikern. So hatte er unter anderem Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) als "beleidigte Leberwurst" bezeichnet.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.10/original/6347a116b480cc749f1404ea.jpg>

Der neue ukrainische Botschafter in Deutschland Alexei Makejew

Telegram-Kanal des stellvertretenden ständigen Vertreters der RF bei der UN Dmitrij Poljanskij: **Stellungnahme zur Abstimmung in der UN-Generalversammlung**

Zwei Tage nach Beginn der Debatte in der UN-Generalversammlung fand am 12. Oktober eine Abstimmung über den antirussischen Resolutionsentwurf statt. Es scheint, als könnten die westlichen Länder mit dem Ergebnis zufrieden sein: 143 Länder stimmten dafür, 5 dagegen und 35 enthielten sich der Stimme, während 7 Staaten sich nicht an der Abstimmung beteiligten. Die begehrte Zahl von 141 Ja-Stimmen bei der Abstimmung über den ersten antirussischen Entwurf im März wurde nicht nur wiederholt, sondern noch übertroffen. Das Problem für unsere Gegner sind jedoch die Methoden, mit denen dieses Ergebnis erzielt wurde. Eine derart unverhohlene Erpressung und Betrugerei hat es in der Geschichte der UNO wohl noch nie gegeben. Leider war der Präsident der Generalversammlung Csaba Kőrösi (Ungarn), der eigentlich in jeder Situation neutral bleiben sollte, daran beteiligt. Lassen Sie mich kurz das Wesen dieses Betrugs rekapitulieren. Die Westler hatten große Angst, dass unser Vorschlag für eine geheime Abstimmung - die es den UN-Mitgliedsstaaten ermöglicht hätte, keine Vergeltung für eine "falsche" Abstimmung zu befürchten - in der UNO Unterstützung finden würde. Die Möglichkeit dazu bestand. Dann schlugen sie über die Albaner gleich zu Beginn der Sitzung am Montag plötzlich und aus heiterem Himmel kurz vor der Debatte vor, dass die Generalversammlung wie üblich über den westlichen Entwurf abstimmen würde, d.h. per Knopfdruck. Dabei bezogen sie sich auf unseren Vorschlag, den wir noch nicht... formell geäußert hatten! Und der Ungar hat die Augen davor verschlossen, uns über diesen völlig abwegigen Entwurf einer mündlichen Entscheidung abstimmen lassen und uns dann das Wort entzogen, als wir ihn darum baten. Dann tat er so, als ob wir mit unserem Vorschlag einer geheimen Abstimmung einen bereits von der Generalversammlung gefassten Beschluss in Frage stellen würden. Schließlich veranlasste er eine politische Debatte in einer Sondersitzung, die zwischen dem Verfahrensbeschluss über die Abstimmung und der eigentlichen Abstimmung stattfand. Das Ganze sah einfach widerlich aus und entsprach in keiner Weise der Geschäftsordnung der Generalversammlung. Dadurch bekamen die Westler erstens die Gelegenheit, alle Schwankenden "auf dem Platz" zu versammeln und sie methodisch mit den verschiedensten "Argumenten" (von wirtschaftlicher Erpressung bis zu verschleierte persönlichen Drohungen) zu bedrängen, und zweitens hatten sie dafür sogar zwei Tage Zeit. Es genügte ihnen, denjenigen, die den albanischen Resolutionsentwurf bei der Abstimmung am 10. Oktober nicht unterstützt hatten, zielgerichtet "den Arm zu verdrehen". Infolgedessen konnten etwa 40 Länder diesem Druck nicht standhalten, wie viele von ihnen uns gegenüber am Vorabend der Abstimmung entschuldigend zugaben.

Es ist erwähnenswert, dass viele einflussreiche und bevölkerungsreiche Länder dem Druck nicht nachgegeben haben. China, Indien, Südafrika, Sudan, Pakistan, Äthiopien, Iran, Algerien, die Mongolei und einige andere sowie unsere GUS-Partner haben das antirussische Projekt nicht unterstützt. Vielen Dank an sie dafür! Wir sollten insbesondere Weißrussland, Syrien, Nicaragua und Nordkorea danken, die sich nicht gescheut haben, dagegen zu stimmen. Auch die Reden vieler Länder auf der Sondersitzung deuteten darauf hin, dass sie sich zumindest der Stimme enthalten würden - nur das westliche Lager sprach sich vehement für das Projekt aus.

Kurz gesagt, wir haben auf der UN-Generalversammlung den Triumph der "Demokratie mit vorgehaltener Waffe" erlebt. Natürlich versteht das jeder in der UNO, und es blieb ein sehr unangenehmer "Niederschlag" bei denen zurück, die schließlich vom westlichen Lager niedergeschlagen wurden. Es gibt allen Grund zu der Annahme, dass sie sich bei folgenden Abstimmungen in der UN-Generalversammlung über neue antirussische Initiativen bemerkbar machen wird - es besteht kein Zweifel daran, dass sie in sehr naher Zukunft folgen werden.

Mid.ru: Erklärung des Außenministeriums Russlands im Zusammenhang mit der Annahme der Resolution „Die territoriale Integrität der Ukraine: Schutz der

Grundsätze der UN-Charta“ durch die UN-Generalversammlung

Am 12. Oktober wurde auf der wieder aufgenommenen 11. Sondersitzung der UN-Generalversammlung eine Resolution mit dem Titel "Die territoriale Integrität der Ukraine: Schutz der Grundsätze der UN-Charta" verabschiedet, in der die Referenden in der DVR, der LVR, Saporoschje und Cherson verurteilt wurden.

Diese verabscheuungswürdige Initiative wiederholt in vielerlei Hinsicht das Dokument, das Russland am 30. September dieses Jahres im UN-Sicherheitsrat vorgestellt hat. Wieder einmal haben die westlichen Delegationen die Behandlung der ukrainischen Frage vom Sicherheitsrat in die Generalversammlung verlagert und damit den Eindruck erweckt, der Rat sei "unfähig", seine Hauptaufgabe der Wahrung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit zu erfüllen.

In einer Zeit, in der die Mitgliedstaaten erneut unter enormem Druck standen, bis hin zur Androhung von Sanktionen, schlug Russland eine geheime Abstimmung über den Entwurf vor. Dies hätte vielen Delegationen die Möglichkeit gegeben, ihren wahren Standpunkt zum Ausdruck zu bringen, ohne die Konsequenzen ihrer - nach Ansicht Washingtons und seiner Satelliten - "falschen" Entscheidungen befürchten zu müssen. Dieser Vorschlag wurde jedoch nach skrupellosen Verfahrensmanövern, die von unseren Gegnern unter Verletzung aller bestehenden Regeln für die Arbeit der Generalversammlung inszeniert wurden, abgelehnt. Trotz aller Tricks und eines noch nie dagewesenen Drucks (es wurde direkt damit gedroht, die finanzielle Unterstützung oder die humanitäre Hilfe einzustellen, wenn die Mitgliedstaaten Washington nicht gehorchen würden) fand das antirussische Dokument jedoch keine uneingeschränkte Unterstützung: Dutzende von Ländern weigerten sich, für das Dokument zu stimmen. "143 Länder stimmten dafür, während 50 andere dagegen stimmten, sich enthielten oder nicht an der Abstimmung teilnahmen. Zu denjenigen, die sich dem Druck von außen nicht gebeugt haben, gehören wichtige und einflussreiche Akteure wie Algerien, China, Indien, Iran, Pakistan, Südafrika, Äthiopien und andere. Wir sind insbesondere Belarus, der DVRK, Nicaragua und Syrien für ihre prinzipienfeste und entschlossene Haltung dankbar. Es besteht kein Zweifel daran, dass diese Resolution im Gegensatz zu ihrem Titel nichts mit der Verteidigung der Grundsätze der UN-Charta zu tun hat. Die Behauptungen der USA und anderer NATO-Staaten, sie würden sich an das Völkerrecht halten, sind nichts anderes als Beweise für eine Doppelmoral, für die es viele überzeugende Beispiele gibt. Sie sind es, die an der Spitze der Befürworter der "Unabhängigkeit" des Kosovo stehen, indem sie auf dem Recht auf Abspaltung bestehen, obwohl es keine wirkliche Bedrohung für die Zivilbevölkerung gibt. Ein weiteres Beispiel sind die Erklärungen der USA, dass sie bereit sind, Taiwan, das ein integraler Bestandteil der VR China ist, mit Gewalt zu verteidigen. Die Referenden in der DVR, der LVR, Saporoschje und Cherson wurden in voller Übereinstimmung mit der UN-Charta, den Normen und Grundsätzen des Völkerrechts und der Erklärung über die Grundsätze des Völkerrechts von 1970 abgehalten, die die territoriale Integrität nur denjenigen Staaten garantiert, in denen "die Regierungen ohne Unterschied der Rasse, des Glaubens oder der Hautfarbe das gesamte Volk vertreten, das das Gebiet bewohnt". Es ist klar, dass die Behörden in Kiew dieses Kriterium überhaupt nicht erfüllten und erfüllen, indem sie terroristische Methoden gegen die Zivilbevölkerung und die Infrastruktur in vollem Umfang einsetzen.

Insgesamt bestätigte die Verabschiedung der Resolution einmal mehr, dass der Westen in erster Linie versucht, seine eigenen geopolitischen Aufgaben gegen Russland zu lösen, sein schwer fassbares Monopol im Weltgeschehen aufrechtzuerhalten und die Reihen der Mitgliedsstaaten der Generalversammlung zu spalten. Es ist auch offensichtlich, dass diese konfrontative Initiative nicht darauf abzielt, eine friedliche Lösung zu finden, sondern den Konflikt in der Ukraine zu verlängern.

8:49 de.rt.com: **Explosionen in mehreren Gebieten der Ukraine – im Gebiet Kiew**

"kritisch wichtige Infrastruktur" getroffen

Am Donnerstagmorgen sind im Gebiet Kiew kritische Infrastruktureinrichtungen angegriffen worden. Dies [teilt](#) Kirill Timoschenko, stellvertretender Leiter des Präsidialamtes von Wladimir Selenskij, auf seinem Telegram-Kanal mit:

"Kiewer Gebiet. Ein weiterer Kamikaze-Drohnenangriff auf kritische Infrastruktur."

Die zuständigen Dienste seien bereits mit der Schadensaufnahme und -Behebung befasst, so Timoschenko. Die betroffenen Objekte nannte er indes nicht.

Unter Verweis auf ukrainische Medienberichte schreibt die russische Nachrichtenagentur [TASS](#), dass es im Gebiet Kiew mindestens drei Explosionen gegeben habe. In Stadt und Gebiet Kiew wurde Luftalarm ausgelöst, meldet die russische Nachrichtenagentur [RIA Nowosti](#).

Einen Großbrand im Ergebnis eines, wie es heißt, Kamikazedrohnenangriffs im Landkreis Makarow im Gebiet Kiew soll [dieses Videomaterial](#) zeigen.

Lokale Medien in den ukrainischen Gebieten Nikolajew und Dnepropetrowsk berichten ebenfalls von Explosionen. Im Gebiet Nikolajew soll es am Morgen oder in der Nacht zum Beispiel sechs Mal gekracht haben. Eine dieser Explosionen nach Morgenanbruch soll in diesem [Videomaterial](#) zu hören und eine weitere zu hören und zu sehen sein.



https://www.novorosinform.org/content/images/56/56/55656_720x405.jpg

Telegram-Kanal der Volksmiliz der LVR: **Erklärung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der LVR Hauptmann I.M. Filiponenko über die Lage am 13.10.2022**

Bei aktiven Offensivhandlungen von Einheiten der Volksmiliz der LVR erlitt der Gegner in den letzten 24 Stunden große Verluste an Personal und Technik. Vernichtet wurden:

- 55 Mann;
- 2 Artilleriegeschütze;
- 6 Schützenpanzerwagen;
- 10 Spezialfahrzeuge.

Der Gegner beschießt weiter Objekte der zivilen Infrastruktur von Ortschaften der LVR.

In den letzten 24 Stunden haben die bewaffneten Formationen der Ukraine **Artjomowsk** unter Einsatz von amerikanischen Mehrfachraketenwerfern M142 HIMARS **beschossen** und 1 Rakete abgefeuert.

Infolge des Beschusses **starb ein Mann, geb. 1955**, 2 Wohnhäuser wurden zerstört und 5 beschädigt.

Informationen über Verletzte sind nicht eingegangen, weitere Schäden werden noch ermittelt. In den von den ukrainischen Nationalisten befreiten Territorien der Lugansker Volksrepublik wird wieder ein friedliches Leben aufgebaut.

Technische Pioniereinheiten der Volksmiliz der LVR setzen die Minenräumung fort.

Im Verlauf des 12. Oktober haben sie mehr als 9 Hektar Territorium von explosiven Objekten gesäubert, die von ukrainischen Nationalisten in den Gebieten von Zarjewka und Demenkowo

zurückgelassen wurden, gesäubert.

Die Volksmiliz der LVR setzt gemeinsam mit gesellschaftlichen Organisationen die Lieferung von humanitärer Hilfe an Einwohner dieser Bezirke fort.

Telegram-Kanal der Volksmiliz der DVR: **Erklärung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der DVR zur Lage am 13.10.22 um 10:30 Uhr**

Die ukrainische Seite terrorisiert weiter die Zivilbevölkerung der Republik, indem sie massive Artillerieschläge auf Wohngebiete und Objekte der zivilen Infrastruktur verübt, die ihrerseits keine Gefahr für den Gegner darstellen und keine militärischen Objekte sind.

In den letzten 24 Stunden hat der Gegner nach Informationen des GZKK-Vertreters der DVR **226 Geschosse** mit Mehrfachraketenwerfern „Grad“, Rohrartillerie des Kalibers 155, 152 und 122mm, Panzern sowie Mörsern des Kalibers 120mm **abgefeuert**.

Die Gebiete von **11 Ortschaften** der Republik wurden beschossen. Infolge des Beschusses **starben 2 Zivilisten, 4 wurden verletzt**. 15 Häuser und 7 zivile Infrastruktureobjekte wurden beschädigt.

Zusätzliche Informationen über verletzte Zivilisten und Schäden an Infrastruktur werden noch ermittelt.

Durch gemeinsame Handlungen von Soldaten der Donezker Volksrepublik und der Streitkräfte der Russischen Föderation wurden folgende feindliche Waffen und Militärtechnik vernichtet: 1 Panzer, 3 Schützenpanzerwagen, 2 dauerhafte Feuerpunkte, in der Luft wurden 4 Drohnen des Gegners abgeschossen.

Die Verluste an Personal des Gegners betragen 60 Mann.

Derzeit gehen Arbeiten zur Minenräumung von Antipersonenminen PFM-1 „Lepetok“ (PFM-S) weiter. Wir bitten dringend darum, bei der Bewegung vorsichtig zu sein sowie die Kontrolle über Kinder zu verstärken.

9:52 de.rt.com: **Großbritannien droht nach Inflation jetzt auch Rezession**

Normalerweise treten Inflation und Rezession getrennt auf. Aber unter ganz besonderen wirtschaftlichen Umständen können sie auch zusammen auftreten. Meist verweist das auf erhebliche strukturelle ökonomische Schwierigkeiten.

Das Pfund ist letzte Woche gegenüber dem US-Dollar stark gefallen, nachdem Schatzkanzler Kwasi Kwarteng angekündigt hatte, die Regierung werde Kredite aufnehmen, um die Gas- und Stromrechnungen von Haushalten und Unternehmen zu subventionieren. Die Bank of England sah sich gezwungen, Staatsanleihen aufzukaufen, nachdem ein Run auf den Markt viele Pensionsfonds in den Ruin zu treiben drohte.

Neue Zahlen zeigen, dass die britische Wirtschaft im August geschrumpft ist. Somit kommen inmitten der Energie- und Inflationskrise Befürchtungen über eine Rezession auf. Die vom britischen Statistikamt am Mittwoch veröffentlichten Daten zeigen eine Schrumpfung um 0,3 Prozent.

In dem Bericht wurde auch die für Juli gemeldete Wachstumsrate von 0,2 Prozent auf 0,1 Prozent nach unten korrigiert. Die Nachricht veranlasste Ökonomen zu der Warnung, dass das Vereinigte Königreich auf eine Rezession zusteuert. Das wird definiert als zwei aufeinanderfolgende Finanzquartale mit "negativem Wachstum".

Yael Selfin, Chefvolkswirtin des Wirtschaftsprüfungs- und Beratungsunternehmens KPMG, sagte, das Vereinigte Königreich stehe "am Rande einer Rezession".

"Der anhaltende Druck auf die Finanzen der privaten Haushalte belastet weiterhin das Wachstum und hat wahrscheinlich dazu geführt, dass die britische Wirtschaft ab dem dritten Quartal dieses Jahres in eine technische Rezession eingetreten ist."

Suren Thiru, Wirtschaftsdirektor des Institute of Chartered Accountants in England und Wales, sagte:

"Auf das negative Ergebnis im August dürfte im September ein deutlicherer Rückgang der

Wirtschaftsleistung folgen, da der zusätzliche Feiertag für die Beerdigung der Königin den Abwärtsdruck auf die Wirtschaftstätigkeit noch verstärkt haben wird."

Auch die Bank of England warnte vor einer wahrscheinlichen Rezession, als sie am 22. September die Zinssätze um einen halben Prozentpunkt anheb.

Das Pfund Sterling ist ebenso wie der Euro letzte Woche gegenüber dem US-Dollar stark gefallen, nachdem Kwarteng bestätigt hatte, dass die Regierung in großem Umfang Kredite aufnehmen wird, um die Gas- und Stromrechnungen von Haushalten und Unternehmen zu subventionieren.

Die britische Zentralbank war gezwungen, Staatsanleihen aufzukaufen, nachdem ein Ansturm auf die als Gilts bezeichneten Schuldverschreibungen den Bankrott vieler Pensionsfonds zu verursachen drohte.

Thiru warnte, dass jeder Impuls aus der Energierettung "wahrscheinlich durch einen anhaltenden Druck auf die britische Produktion aufgrund der anhaltend hohen Inflation, der drastischen Zinserhöhungen und der akuten Finanzmarkturbulenzen in den Schatten gestellt wird".

Die Preise für Energie und andere Rohstoffe sind aufgrund der westlichen Sanktionen und Einfuhrverbote gegen Russland wegen dessen Militäroperation in der Ukraine in die Höhe geschossen. Die daraus resultierende Inflation, die derzeit bei etwa 10 Prozent liegt, hat eine Welle von Streiks ausgelöst, da die Lohnangebote der Arbeitgeber nicht mithalten können.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.10/article/634710c248fbef6aaa61490a.jpeg>

10:14 de.rt.com: **Dumasprecher Wolodin: Führt Kiew den Terror weiter, fällt Moskaus Antwort noch härter aus**

Wjatscheslaw Wolodin hat auf seinem auf seinem Telegram-Kanal eine Landkarte der Ukraine [veröffentlicht](#). Diese zeigt alle Gebiete des Landes, in denen "von den ukrainischen Streitkräften genutzte kritisch wichtige Infrastruktur vernichtet und beschädigt" wurde – es sind dies alle bis auf drei. "Angriffe wurden auf mehr als 70 Objekte des Strom- und Netzhaushalts geführt. Die Ukraine hat 50 Prozent der Stromerzeugungskapazität verloren", lautet die Bildunterschrift.

Weiter kündigte der Duma-Sprecher an, die infolge von Raketenangriffen angerichteten Schäden würden noch geringfügig anmuten, falls die Ukraine ihre bisherige Strategie des Terrors weiterführe:

"Nirgendwo auf der Welt wird mit Terroristen verhandelt.

Wenn die Terroranschläge seitens des Kiewer Regimes anhalten, wird die Antwort noch härter ausfallen.

Alle Organisatoren und Täter von terroristischen Anschlägen müssen aufgespürt werden. Wer Widerstand leistet, muss vernichtet werden."

Damit bezog sich Wolodin nicht zuletzt auf die Sprengung der Krimbrücke, zu der sich die Kiewer Machthaber [bekannt](#). Unter anderem taten dies die Pressestelle des ukrainischen Geheimdienstes SBU sowie Michail Podoljak, der Berater des Chefs des ukrainischen

Präsidialamtes.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.10/article/6347dbccb480cc64002988be.png>

Gebiete der Ukraine, in denen "von den ukrainischen Streitkräften genutzte kritische Infrastruktur vernichtet und beschädigt" wurde

Dan-news.info: „Das MfS der DVR hat Informationen erhalten, dass eine Diversionsgruppe der ukrainischen terroristischen Organisation „Asow“ auf das Gebiet der Republik gelangt ist und dass von einer Serie von Diversions- und Terrorakten gegen Regierungsorgane und die friedliche Bevölkerung der Republik vorbereitet werden“, erklärte der Presseoffizier des Ministeriums für Staatssicherheit der DVR Michail Popow.

Er fügte hinzu, dass bewaffnete Organe in einem der Bezirke von Mariupol in einem aufgegebenen Brunnen ein Versteck mit Waffen und Munition für Diversanten entdeckt haben. Dort befanden sich Maschinenpistolen, ein Granatwerfer, Granaten, Sprengstoff und Sprengvorrichtungen.

10:25 de.rt.com: **Angst vor Super-GAU: Finnland und Polen geben Jod-Tabletten aus – Brandenburg stockt Lager auf**

Mit dem Ukraine-Krieg kam auch die Angst vor einer nuklearen Katastrophe zurück nach Europa. Während Brandenburg seinen Vorrat an Jod-Tabletten lediglich aufstockt, hat Polen bereits damit begonnen, den hoch dosierten Wirkstoff an die Bevölkerung zu verteilen. Auch in Finnland wurde der Verkauf des Medikaments bereits freigegeben.

Innerhalb der Europäischen Union herrscht offenbar Sorge vor einem drohenden nuklearen Zwischenfall in dem im Süden der Ukraine gelegenen Atomkraftwerk Saporoschje. Denn sowohl die polnische als auch die finnische Regierung haben im Zuge der Kämpfe um das Kraftwerk Jod-Tabletten bevorratet. Aber auch in Brandenburg haben die Landkreise mit der Einlagerung der im Ernstfall lebensrettenden Tabletten begonnen. In Polen sollen die Tabletten vor allem in öffentlichen Einrichtungen wie etwa Schulen, Rathäusern oder Feuerwachen ausgegeben werden, wie der polnische Vize-Minister für Inneres und Verwaltung, Błażej Poboży, zu Beginn der Woche erklärte:

"Das ist eine Art Krisenmanagement. Das ist die Vorbereitung auf den Fall eines Unfalls in einem Kernkraftwerk. Tabletten mit dem so genannten 'stabilen Jod' sollen die Schilddrüse vor einer möglichen Exposition und vor der Aufnahme von schädlichem, radioaktivem Jod schützen, das nach einer möglichen Katastrophe in einem Kernkraftwerk freigesetzt wird. Im Moment besteht keine wirkliche Gefahr einer radioaktiven Verseuchung, aber wir wollen auch auf die unmöglichen Varianten vorbereitet sein."

In der rund 30 km von Warschau entfernt gelegenen Stadt Milanówek werden die Bewohner derzeit informiert, wie sie die Jod-Tabletten im Ernstfall erhalten können. Der Staatssekretär vor Ort erklärte:

"Das Verfahren zur Ausgabe von Kaliumjodid-Tabletten wird mit der entsprechenden Bekanntmachung des Ministers für Inneres und Verwaltung beginnen. Es wird so ablaufen, dass alle Personen, die dieses Präparat einnehmen möchten, zur Ausgabestelle kommen müssen. Die Tabletten werden an Personen bis zum Alter von 60 Jahren und an Kinder mit schriftlicher Zustimmung der Eltern abgegeben."

Grund zur Besorgnis bestehe laut Angaben der polnischen Regierung derzeit aber nicht. Bei der Maßnahme würde es sich lediglich um ein gesetzlich vorgesehenes Standardverfahren handeln. Es gebe keine aktuelle Belastung durch atomare Strahlung, hieß es aus Warschau. An die Bevölkerung erging zudem eine Warnung, die Jod-Tabletten keinesfalls einfach so einzunehmen.

Finnland setzt auf Eigenverantwortung

Auch in Finnland legen sich derzeit viele Haushalte Jod-Tabletten zu, nachdem das Sozial- und Gesundheitsministerium am Dienstag seine Leitlinien für die Verwendung von Jod im Falle von Strahlungsrisiken aktualisiert hat. Haushalten mit Bewohnern im Alter von drei bis 40 Jahren wird demnach geraten, Jod-Tabletten als Vorsichtsmaßnahme zu erwerben. Die Aktualisierung der Richtlinien löste in Finnland am Dienstag einen Ansturm auf die Apotheken aus. So meldeten viele Apotheken in der Innenstadt von Helsinki bereits, keine Jod-Tabletten mehr vorrätig zu haben.

Brandenburger standardmäßig vorbereitet

Die Einnahme von hochdosiertem Jod ist nach Angaben des Bundesamtes für Strahlenschutz zwar nur dann notwendig, wenn man sich bis zu einer Entfernung von etwa einhundert Kilometern um einen Unglücksort aufhält. Dennoch deckt sich auch das rund 800 Kilometer von dem nächstgelegenen ukrainischen Kernkraftwerk entfernt gelegene Brandenburg mit Jod-Tabletten ein. Insbesondere in den an Polen angrenzenden Landkreisen laufen die Vorbereitungen auf einen möglichen Ernstfall derzeit auf Hochtouren.

"Die Landkreise sind natürlich nicht nur wegen der aktuellen Situation in der Ukraine, sondern auch wegen möglicher Havarien in zivilen Forschungseinrichtungen oder Atomkraftwerken, die in Deutschland oder den Nachbarländern am Netz sind, schon seit vielen Jahren in der Vorbereitung. Die Pläne existieren und werden auch jährlich aktualisiert", sagte der Sprecher des Landkreises Märkisch-Oderland, Thomas Berendt, dem rbb.

Die Standorte der zentralen Lagerstätten seien geheim, "aber wir können ohne großen Aufwand und ohne dass viel Zeit vergeht, darauf zugreifen", so Berendt weiter. Sollte es zu einer Nuklear-Katastrophe kommen, würden die Bürger informiert, wie sie sich zu verhalten hätten und wo die Schutzmittel zu bekommen seien. Eine entsprechende Meldung erhalten die Landkreise im Ernstfall vom Bundesamt für Strahlenschutz. Um bei kleinsten Abweichungen sofort reagieren zu können, misst diese Bundesbehörde die Strahlenbelastung rund um die Uhr. Auffälligkeiten sind derzeit jedoch keine zu verzeichnen.

Sollte es dennoch zu einem Zwischenfall kommen, würden die Jod-Tabletten laut Bundesamt für Strahlenschutz "an Feuerwehrrwachen, Rathäusern, Apotheken oder bekannten Wahllokalen an die Bevölkerung abgegeben." Die Bürger würden dann per Aufruf in den Medien aufgefordert, ihre Tabletten in diesen Ausgabestellen abzuholen.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.10/article/6347be25b480cc5c9878db99.jpg>

10:37 de.rt.com: **Alliierte Truppen befreien Opytnoje und Iwangrad in der Volksrepublik Donezk**

Alliierte Truppen der Volksrepubliken Donezk und Lugansk haben die Ortschaften Iwangrad und Opytnoje in der unmittelbaren Umgebung von Artjomowsk am Frontabschnitt Donezk befreit, teilt das Hauptquartier der Territorialen Verteidigung der Volksrepublik Donezk auf [Telegram](#) mit:

"Stand 13. Oktober 2022 hat eine Gruppierung von DVR- und LVR-Truppen auf dem Gebiet der Donezker Volksrepublik unter Feuerunterstützung der russischen Streitkräfte Opytnoje und Iwangrad befreit."

Diese Siedlungen befinden sich etwa sechs Kilometer von Artjomowsk entfernt. Die Stadt Artjomowsk ist ein wichtiger Verkehrsknotenpunkt und ihre Einnahme eine wichtige Voraussetzung für eine etwaige Offensive gegen das Ballungsgebiet Slawjansk-Kramatorsk.



https://cdn4.telegram-cdn.org/file/siLr7hXvj7oD_IgLJaC4BXZBzw2YOSpYxGBU2pPoGS_MTBnihUjamLasQRR8rWlGj-chUi5McrSxNdS1NCU-Az9gix38xbg6tk_ittLIUbE-iY6uFzX3b0iy23uHESVWXfnkRIDaWJvI5nfDiKyZUhVMz1OMzplzzYLfQDO_TsDO8DoZ_htVV4CWCBAAnrRMyrxbd07-89Hhe_6ADF3RtOsyMTO9OUuJTpmznuc42hkdBdyLnCp5uwIbzU4ojIO3gMINTKyD24RVQpCQxdT0Mi9CV6r9PEeoyfH2HyFIFKbUpYCbd7sXR4MqhKCFMXBwWdQNW_AnBTWoTGvjhC9U3MtA.jpg

11:47 (10:47) novorosinform.org: **Unbekannte Drohne in der Region Kaluga abgeschossen**
Die Behörden der Region berichteten über den zuverlässigen Betrieb der Luftverteidigung, es gebe keinen Anlass zur Sorge.

Am Mittwochabend, dem 12. Oktober, wurde eine nicht identifizierte Drohne am Himmel über der Region Kaluga abgeschossen. Dies teilte der Gouverneur der Region Wladislaw Schapscha in seinem Telegram-Kanal mit.

„Heute wurde eine nicht identifizierte Drohne über dem südlichen Teil der Region Kaluga abgeschossen. Nachdem sie von Luftverteidigungssystemen getroffen wurde, fiel das Wrack in ein verlassenes Gebiet, das Objekt wurde zerstört“, schrieb er.

Es wird darauf hingewiesen, dass die erste Drohne am Abend gegen 19:25 Uhr in der Nähe des Dorfes Salowo entdeckt wurde. Die abgeschossene Drohne fiel in ein verlassenes Gebiet im südlichen Teil der Region.



https://www.novorosinform.org/content/images/56/82/55682_720x405.jpg

12:25 (11:25) novorosinform.org: **Ukrainische Kämpfer verlassen Positionen in der Nähe von Artemivsk – Marotschko**

Die Soldaten der Streitkräfte der Ukraine im Bereich der Siedlung Artjoowsk verlassen aufgrund schwerer Verluste willkürlich ihre Positionen.

Andrej Marotschko, Offizier der Volksmiliz der LVR, berichtete dies auf seinem Telegram-Kanal und bezog sich auf Geheimdienstdaten. Er stellte fest, dass die Gründe für die Desertion in den Reihen der ukrainischen Armee die Demoralisierung der Kämpfer, kritische Verluste und der Verlust des Kontakts mit dem Kommando seien.

"Im Gebiet der Siedlung Artjomowsk gibt es Fälle unbefugter Aufgabe von Positionen durch ukrainisches Militärpersonal", heißt es in der Meldung.

Marotschko erklärte auch, dass derzeit eilig zusätzliche Kräfte und Mittel der Streitkräfte der Ukraine in die Region Charkow verlegt würden. Laut LVR-Geheimdiensten sollen diese Reserven in Zukunft genutzt werden, um die Verteidigungslinie in der Region Kupjansk zu stärken und Verluste in Richtung Artjomowsk auszugleichen.

11:29 de.rt.com: **Borrell droht mit "militärischer Reaktion" im Falle eines Atomschlags auf die Ukraine**

Ein möglicher nuklearer Angriff auf die Ukraine würde eine "starke militärische Antwort" nach sich ziehen, warnt EU-Chefdiplomat Josep Borrell. Er betont, dass es nicht um eine nukleare Antwort gehe.

Borrell sagte, der Einsatz von Atomwaffen durch Russland werde eine Reaktion der Europäischen Union, der USA und der NATO nach sich ziehen. Das Ziel der militärischen Reaktion des Westens sei "die Vernichtung der russischen Armee".

Zuvor hatte NATO-Generalsekretär Jens Stoltenberg erklärt, die Allianz beobachte die russischen Nuklearstreitkräfte, habe aber keine Veränderungen festgestellt. Außerdem sagte er, dass die Allianz geplante Übungen zur nuklearen Abschreckung durchführen und nicht

wegen des Konflikts in der Ukraine absagen werde.

12:54 (11:54) deu.belta.by: **Wolfowitsch: Westen spielt slawische Völker gegeneinander aus und will Belarus in den Konflikt hineinzuziehen**

Der Westen hat slawische Völker gegeneinander ausgespielt und hat vor, Belarus in diesen Konflikt hineinzuziehen. Das erklärte der Staatssekretär des Sicherheitsrates Alexander Wolfowitsch während einer Aufklärungsveranstaltung im Kaliunternehmen OAO Belaruskali. Auf Anweisung des Staatsoberhauptes läuft derzeit eine massive Informationskampagne in Belarus. Vertreter der Sicherheitsbehörden treffen sich mit den Belegschaften belarussischer Unternehmen und Betriebe und informieren sie über die aktuelle militärische und politische Lage in Belarus und im Ausland.

Heute fand das Gespräch mit den Arbeitern von Belaruskali statt. „Wir haben viele Informationen zu übermitteln. Die Massenmedien sind heute wirklich in der Lage, die Bevölkerung und die Arbeitskollektive über verschiedene Nachrichtenkanäle über das aktuelle Geschehen zu informieren. Aber nicht alle konsumieren heute Nachrichten. Viele sind sehr skeptisch den Inhalten gegenüber. Der Präsident hat eine strikte Anweisung erteilt: Wir sollen die Menschen objektiv und wahrheitsgemäß informieren“, sagte Alexander Wolfowitsch.

Alexander Lukaschenko habe die aktuelle Lage in Belarus fest im Griff, sagte der Staatssekretär. „Leider zeichnet sich ein Trend zur Verschlimmerung ab. Nicht jeder findet es gut, dass es im Zentrum Europas mit Belarus eine Ecke der Sicherheit, des Friedens und der Schöpfung gibt“, betonte er. „Belarus erhebt keine territorialen Ansprüche und stellt an niemanden irgendwelche Forderungen. Aber leider sind unsere Nachbarn Polen, Litauen und die Ukraine in der letzten Zeit sehr unfreundlich im Umgang mit uns geworden.“

„Der politische Druck wird seit langem ausgeübt und hält an. Das kann man ebenso über die Wirtschaftssanktionen, militärische Präsenz und die Demonstration militärischer Entschlossenheit in der Nähe unserer Grenzen sagen. Das dauert ebenfalls seit Jahren an. Alles spitzt sich nur zu. In der Tat versucht der Westen zunehmend, Hebel und Einflussmöglichkeiten zu finden, um unser Land in einen militärischen Konflikt zu ziehen“, sagte Wolfowitsch. „Leider hat der Westen die slawischen Völker gegeneinander aufgehetzt und versucht nun, Belarus auf Biegen und Brechen mit in den Konflikt hineinzuziehen. Aber Belarus, wie der Präsident sagte, wird nicht in den Krieg ziehen, wird keine Ansprüche an die anderen erheben. Es sei denn, die Staatsgrenze unseres Landes wird verletzt. In diesem Fall werden wir zurückschlagen“.

In der heutigen Situation ergreift der Machtblock alle Maßnahmen, um die Lage zu stabilisieren und jede Möglichkeit auszuschließen, dass destruktive Kräfte die Lage destabilisieren, fügte der Staatssekretär hinzu.



https://deu.belta.by/images/storage/news/with_archive/2022/000020_1665654992_62347_big.jpg

nachmittags:

12:04 de.rt.com: **Kiew hebt Dnepr-Pegel zwecks Anlandung an AKW Saporoschje**

Die Ukraine leitet systematisch Wasser entlang der Kaskade des Dnjepr-Wasserkraftwerks ab, um die Küstenbefestigungen zu fluten. Damit will Kiew eine Anlandung von Truppen am Kernkraftwerk Saporoschje in Energodar erleichtern. So wertet Wladimir Rogow, Vorsitzender der Bewegung "Wir mit Russland" und Mitglied der zivil-militärischen Verwaltung des neuen russischen Gebiets Saporoschje, am Donnerstag den jüngsten um mehrere Meter angestiegenen Pegel im Dnepr, an dessen Ufern das besagte AKW liegt. Rogow zufolge lasse Kiew konstant durch die Kaskade der Wasserkraftwerke an der Dnepr Wasser ab. In einer Radiosendung bei Komsomolskaja Prawda sagte er:

"Sie versuchen auf diese gerissene Weise, die Befestigungen an den Ufern des Dnjepr zu überfluten oder zu zerstören. Vor allem in der Nähe des Kernkraftwerks, denn dort sind Minenfelder, Zäune, Stacheldraht und so weiter. Wenn das Wasser ein paar Meter steigt, kann man einfach mit einem Boot über all dies drüberfahren und in einem anderen Teil anlanden." Dies ist nicht der einzige mögliche Zweck der Pegelhebung laut Rogow: Zuvor hatte er der russischen Nachrichtenagentur TASS erklärt:

"Die Ukraine sammelt Information über die möglichen Lageentwicklungen am Kernkraftwerk im Falle einer unkontrollierten Freisetzung von Wasser an der stromaufwärts gelegenen Kaskade von Wasserkraftwerken. Diese sind das Wasserkraftwerk Kremenschug, das Wasserkraftwerk Srednedneprowskaja am Mitteldnepr in Kamenskoje und das Wasserkraftwerk Lenin-Dneproges in der ukrainisch kontrollierten Stadt Saporoschje." All dies geschehe in der Absicht, mit der Überflutung des Kernkraftwerks Saporoschje in Energodar für große technische Schwierigkeiten zu sorgen, was eine Provokation für sich sei.

12:38 de.rt.com: **Saboteure der Asow-Gruppe operieren in Donezker Volksrepublik**

Eine Sabotagegruppe von Kämpfern des ukrainischen nationalistischen Asow-Regiments ist auf dem Gebiet der Volksrepublik Donezk im Einsatz; DVR-Strafverfolgungsbehörden suchen nach ihnen. Dies teilt das Donezker Ministerium für Staatssicherheit (MGB) am Donnerstag mit. In einer Erklärung des Ministeriums, die auf dem [Telegram-Kanal](#) des Hauptquartiers für territoriale Verteidigung der DVR zitiert wird, heißt es:

"Eine aus Asow-Terroristen bestehende Sabotagegruppe ist in das Gebiet der Republik eingedrungen. So wurde beispielsweise auf dem Gebiet von Mariupol bereits ein Waffenlager für sie angelegt. MGB-Beamten führen Ermittlungsmaßnahmen durch."

Das Ministerium fügte hinzu, dass die Saboteure terroristische Handlungen gegen Behörden und Zivilisten vorbereiteten. MGB-Pressesprecher Michail Popow erklärte:

"MGB hat Informationen darüber erhalten, dass eine Sabotagegruppe von Mitgliedern der ukrainischen Terrororganisation Asow auf das Territorium der Republik geschickt wurde und von ihnen mehrere Sabotage- und Terrorakte gegen die Behörden und die Zivilbevölkerung der Republik vorbereitet werden."

Im Versteck der Saboteure in Mariupol seien mehrere automatische Waffen, Munition, Sprengstoff und Vorrichtungen für Fernzündungen gefunden worden. Das Versteck sei in einem ausgetrockneten Brunnen eingerichtet gewesen.

13:10 de.rt.com: **Über 400 Asow-Nazis seit Ende September in russischer U-Haft – neue Kriegsverbrechen ermittelt**

Mehr als 400 Kämpfer des rechtsextremen ukrainischen Asow-Bataillons beziehungsweise -Regiments wurden seit Ende September in verschiedene Untersuchungshafteinrichtungen in

Russland überführt. Dies teilte das russische [Ermittlungskomitee](#) im Anschluss an eine Sitzung des Stabs zur Ermittlung ukrainischer Kriegsverbrechen mit, die am 13. Oktober in Melitopol im neuen russischen Gebiet Saporoschje tagte. Die Behörde gab an, dass die Kämpfer der ukrainischen faschistischen Terrormiliz derzeit über ihre Verbrechen und Verbrechen ihrer Kameraden aussagen. Auch werden sie in operative und investigative Maßnahmen beteiligter Behörden einbezogen:

"Als Ergebnis dieser Arbeit mit den Festgenommenen wurden neue Fakten über die grausame Behandlung von Zivilisten durch Vertreter der ukrainischen bewaffneten Formationen festgestellt."

Bei der Untersuchung erbeuteter Unterlagen wurde Information über die Verteidigung der Stadt Mariupol gefunden, darunter Befehle des ukrainischen Kommandostabs zum Einrichten von Feuerstellungen in Wohngebieten sowie nicht zuletzt zum unmittelbaren Beschuss von Zivilisten und ziviler Infrastruktur:

"Es wurden konkrete Personen und ihre Funktionen ermittelt. Unter ihnen befindet sich Sergei Sagreba, stellvertretender Kommandeur der 12. Brigade der Nationalgarde der Ukraine der Einheit 3057 'Asow', der während der russischen militärischen Sonderoperation den unmittelbaren Oberbefehl über das Verteidigungshauptquartier 'Bastion' in Mariupol innehatte und Befehle zur Tötung von Zivilisten und Soldaten der russischen sowie LVR- und DVR-Streitkräfte gab, die ihre Waffen niedergelegt hatten. Er gab auch Befehle und Koordinaten für den Beschuss ziviler Infrastruktur in Mariupol mit Panzern, Artillerie und Mörsern, was zu massiver Zerstörung und zum Tod von Zivilisten führte."



https://sledcom.ru/upload/site1/document_news/Melitopol.jpg

Der Vorsitzende des Ermittlungskomitees, Alexander Bastrykin, bei der Sitzung in Melitopol

14:17 (13:17) novorosinform.org: **Kuleba gab die Beteiligung Kiews an den Explosionen auf der Krim und in Belgorod zu**

Der Außenminister der Ukraine, Dmitri Kuleba, gab in einem Gespräch mit den russischen Witzbolden Wowan und Lexus zu, dass Kiew hinter den Angriffen auf die Krim und die Region Belgorod stecke.

Die Witzbolde hatten im Namen des ehemaligen US-Botschafters in Russland, Michael McFaul, ein Gespräch mit dem Chef des ukrainischen Außenministeriums. In dem Gespräch sagte Kuleba, dass die Krim nicht das nächste operative Ziel von Kiew sei.

„Aber wenn Sie mich fragen, wer auf der Krim oder in Belgorod etwas in die Luft jagt, dann werde ich Ihnen in privater Kommunikation sagen, ja, wir sind es“, sagte Kuleba.

Der Minister wies auch darauf hin, dass die Ukraine gemeinsam mit westlichen Partnern eine Offensive in südlicher Richtung vorbereite. Darüber hinaus sagte er, dass die Kiew von den USA und der EU zugesagte Finanzhilfe nur bis Ende des Jahres reichen werde. Ihm zufolge braucht die Ukraine etwa 5 Milliarden Dollar im Monat.

Zuvor sprachen die Witzbolde, die sich auch als McFaul vorstellten, mit Sergei Paschinskij, dem Leiter des Verbandes der Verteidigungsunternehmen der Ukraine, der zugab, dass alle Militäroperationen in Kiew der Zustimmung der USA bedürfen. Er erklärte auch, dass die Krimbrücke ein wichtiges Ziel für die Ukraine sei.



https://www.novorosinform.org/content/images/57/04/55704_720x405.jpg

Dimitri Kuleba

13:44 de.rt.com: **Borrell besorgt über viele Enthaltungen bei Abstimmung über antirussische Resolution**

EU-Chefdiplomat Josep Borrell äußerte sich besorgt über die "zu hohe Zahl der Enthaltungen" bei der Abstimmung der UN-Generalversammlung über die Resolution zur Verurteilung Russlands.

Borrell sagte, die EU sei im Allgemeinen zufrieden, dass mehr als 140 Länder gegen eine Anerkennung des Beitritts der neuen Gebiete zu Russland gestimmt hätten. Bei der Eröffnung der Europäischen Diplomatischen Akademie im belgischen Brügge sagte er:

"Ich bin mit diesem Ergebnis zufrieden."

"Aber gleichzeitig bin ich besorgt, weil es zu viele Enthaltungen gibt. 20 Prozent der Weltgemeinschaft haben beschlossen, die Resolution nicht zu unterstützen oder abzulehnen. Das ist mir zu viel."

Er fügte hinzu, dass die EU in dieser Hinsicht "noch viel zu tun hat", um die Bereitschaft zu Enthaltungen zu ändern.

Zuvor hatte die UN-Generalversammlung eine Resolution verabschiedet, in der Russland verurteilt und die Referenden in der LVR, der DVR und den Gebieten Cherson und Saporoschje nicht anerkannt wurden. Insgesamt 143 Länder stimmten dafür, fünf Länder stimmten dagegen und 35 enthielten sich der Stimme. Russland, Weißrussland, Syrien, Nordkorea und Nicaragua stimmten dagegen. Zuvor hatte die Nachrichtenagentur RIA Nowosti berichtet, dass die USA und ihre Partner die Länder aktiv davon überzeugt haben, den westlichen Resolutionsentwurf zu unterstützen.



https://cdn4.telegram-cdn.org/file/kS8Tk69mXWjAxBrEBHkapyJ4r7newy1af8WVgGKMylLR2k7Vg1OqrDFCJhACKb2hk4hF9hcjUNVG5qsI04K42P4UOMkFgvwDSopQqB6UAYJE3weZbrYq_MdSvvU_ffuZ9CdhXDB2YIe4cKSz77kxwuQ1VA2xrh3TnmYRRDAskIXLwkr5PBMZVOASdxN962CFLWJQAV6eMJE mwYfZPg7IO17tOYUPo8t8zwpq4iaFd1WakjUYUJGh15lYsl5E4Oz2wadWAXKeQL36brZmqivVoVb9CtQE5tjLmbkHWUqzC575-B41PIMtSa6RCORg_tGnP_MMGT1sCo6BGEeG6oRg.jpg

Abstimmungsergebnis der UN-Generalversammlung

14:00 de.rt.com: Folter, Misshandlung, Verschwindenlassen - Amnesty erhebt Vorwürfe gegen Lettland

Im EU-Land Lettland wurden laut einem Bericht von Amnesty International schwerste Verbrechen an Flüchtlingen begangen. Der Osten der EU sei zum Symbol für rassistische Doppelstandards geworden. Während Migranten aus der Ukraine bedingungslos aufgenommen würden, würden Menschen aus Nahost oft schwer misshandelt. Die Menschenrechtsorganisation Amnesty International (AI) erhebt schwere Vorwürfe gegen Lettland. In einem kürzlich veröffentlichten [Bericht](#) wirft die Organisation dem EU-Mitglied Verbrechen gegen die Menschenrechte und Verbrechen gegen internationales Recht vor. Begangen wurden sie vom lettischen Grenzschutz und den lettischen Strafverfolgungsbehörden in Zusammenarbeit mit verummten, schwarz gekleideten und bewaffneten Spezialkräften. Opfer waren aus dem Nahen Osten stammende Flüchtlinge, die aus dem benachbarten Weißrussland versuchten, in die EU zu gelangen. Die Vorwürfe gegen Lettland reichen von illegalen Push-Backs über willkürliche Inhaftierungen, Ausübung von physischer Gewalt und Folter bis hin zu Verschwindenlassen. Eine große Zahl an Flüchtlingen sei zudem in Zeltlagern im Wald interniert worden, ohne jeden Kontakt zur Außenwelt. Auch Telefone seien konfisziert worden. Der Bericht listet die Anwendung unterschiedlicher Foltermethoden auf, wie beispielsweise Elektroschocks im Genitalbereich durch schwarz gekleidete, verummte "Kommandos". Es ist nicht das erste Mal, dass gegen die an Weißrussland grenzenden Länder schwere Vorwürfe erhoben werden. Nachdem im vergangenen Jahr eine große Zahl an Flüchtlingen aus dem Nahen Osten in Weißrussland gestrandet waren, die versuchten, von dort aus weiter

in die EU zu kommen, riegelten das angrenzende Polen, Lettland sowie Litauen ihre Grenzen ab. Dem weißrussischen Präsidenten Alexander Lukaschenko wurde vorgeworfen, Migration als Waffe einzusetzen. Gegen Polen wurde unter anderem der Vorwurf erhoben, im Niemandsland zwischen den beiden Ländern Flüchtlinge zu erschießen.

Amnesty wirft den östlichen Ländern der EU vor, mit doppelten Standards zu messen. Die Länder seien zum Symbol der europäischen Doppelmoral geworden. Sie orientierten sich an rassistischen Kriterien, heißt es abschließend in dem knapp 70-seitigen Bericht. Denn während dort über 5 Millionen Flüchtlinge aus der Ukraine aufgenommen worden seien, sei es zu schwersten Verbrechen gegen Menschen aus dem Irak und anderen Ländern des Nahen Ostens gekommen.

Amnesty fordert von Lettland, die illegalen Praktiken umgehend einzustellen und Flüchtlingen die ordnungsgemäße Antragstellung auf Asyl zu ermöglichen. Hinweisen auf Rechtsverstöße müsse von den Ermittlungsbehörden nachgegangen werden. Von der EU fordert die Menschenrechtsorganisation die sofortige Einleitung von Strafmaßnahmen einschließlich eines Vertragsverletzungsverfahrens gegen Lettland, um sicherzustellen, dass sich das Land wieder an die EU-Asylgesetzgebung und die Europäische Menschenrechtskonvention hält.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.10/article/6347e26c48fbef03f43b5ec3.jpg>

14:01 de.rt.com: **Ex-Bundeswehr-Generalinspekteur Kujat: Keine Offensivwaffen mehr an die Ukraine!**

Der ehemalige Generalinspekteur der Bundeswehr Harald Kujat hat angesichts der jüngsten Entwicklungen im Ukraine-Krieg vor einer Eskalation des Konflikts bis hin zu einem Atomkrieg gewarnt. Statt länger auf Gewalt zu setzen, müsse sich der Westen um eine diplomatische Lösung bemühen.

In einem [Interview mit dem Sender ntv](#) hat der ehemalige Generalinspekteur der Bundeswehr Harald Kujat am Dienstag vor einer weiteren Eskalation im Ukraine-Krieg gewarnt. Der Anschlag auf die Krim-Brücke habe bereits jetzt zu einer deutlichen Intensivierung der Kampfhandlungen zwischen den beiden Parteien geführt, sagte Kujat. "Wir sehen zurzeit eine wechselseitige Eskalation". Zudem dehnt sich der Konflikt mit der Sprengung der Nord-Stream-Pipelines nach Einschätzung des pensionierten Generals zurzeit weiter aus. US-Präsident Joe Biden habe angesichts der jüngsten Ereignisse "vor wenigen Tagen mit Recht vor einer nuklearen Katastrophe gewarnt".

"Sie sehen also, der Irrsinn kennt keine Grenzen", erklärte er. "Ich finde es wirklich erstaunlich, dass die westlichen Regierungen das alles so hinnehmen, ohne zu versuchen, diese Eskalationsschraube zu unterbrechen und zu verhindern, dass aus dieser Situation eine Katastrophe entsteht, wie sie der amerikanische Präsident beschrieben hat." Um eine weitere Eskalation des Konflikts zu verhindern, müsste sich der Westen nach Ansicht des früheren Generalsekretärs um eine diplomatische Lösung bemühen, statt auf Gewalt zu setzen und

weiter Waffen an die Ukraine zu liefern.

Bemühungen um eine Friedenslösung habe es von der breiten Öffentlichkeit nahezu unbemerkt bereits Anfang April gegeben, so Kujat. In diesem Zusammenhang verwies er auf eine Vereinbarung zwischen der Ukraine und Russland über ein Ende der Kampfhandlungen. Diese Vereinbarung beinhaltete demnach, dass sich Russland aus allen seit dem 24. Februar 2022 eroberten Gebieten zurückzieht, die Ukraine im Gegenzug auf einen NATO-Beitritt verzichtet und dafür Sicherheitsgarantien von verschiedenen Staaten erhält. "Diese Vereinbarung ist durch Intervention des Westens jedoch nicht zustande gekommen", erklärte er.

Angesichts der jüngsten Eskalationen sei es jetzt aber wichtig, eine politische Lösung zu finden. Die Ukraine benötige Sicherheit und Stabilität, das sei nur über Diplomatie und nicht durch Waffenlieferungen zu erreichen, plädierte er. Allein die Verteidigungsfähigkeit des osteuropäischen Landes zu stärken, führe aber zu weiteren Verlusten und einer Ausdehnung des Krieges über die ukrainischen Grenzen hinaus. Deshalb dürfe der Westen auch nicht länger auf Gewalt setzen. "Sonst wird es eine endlose Spirale der Gewalt geben, bis wir letztlich den Punkt erreichen, an dem keiner mehr zurückkann: Und das ist die nukleare Drohung", mahnte der ehemalige Vorsitzende des NATO-Militärausschusses:

"Ein Nukleareinsatz wird Europa zerstören, darüber muss man sich im Klaren sein."

Der frühere General erinnerte daran, dass jeder Eskalationsschritt des Westens durch einen russischen Eskalationsschritt wieder ausgeglichen werden könne. Zwar müsse der Westen der Ukraine auch dabei helfen, sich zu verteidigen, so Kujat. Der entscheidende Punkt sei dabei aber dann erreicht, wenn der Westen Waffen liefere, die russisches Territorium treffen können. "Das ist für Russland die rote Linie. Und das wäre ein eskalatorischer Schritt, den der Westen unternimmt, der dann gefolgt wird von einer entsprechenden russischen Reaktion." Die Frage sei, ob die Lieferungen von Waffen eine Maßnahme ist, die einer Friedensfindung im Wege steht, oder ob sie dazu beiträgt, zu einer friedlichen Lösung zu kommen, erklärte Kujat: "Das sind die Fragen, mit denen sich die Verteidigungsminister auseinandersetzen müssen. Sie dürfen keine Entscheidung treffen, die einer Friedensfindung im Wege steht."



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.10/article/6347ef34b480cc69ed6095cc.jpg>
Bundeswehrgeneral a. D. Harald Kujat

14:06 de.rt.com: **Rede in Astana: Putin prognostiziert weltweit Hunger und soziale Unruhen**

Russlands Präsident Wladimir Putin hat bei der Konferenz für Zusammenarbeit und vertrauensbildende Maßnahmen im kasachischen Astana eine Rede gehalten. Hierin prognostizierte er Hunger und soziale Unruhen weltweit angesichts schwankender Weltmarktpreise für Energie, Rohstoffe, Nahrungs- und Düngemittel.

Die sechste Konferenz für Zusammenarbeit und vertrauensbildende Maßnahmen in Asien (CICA) findet am Donnerstag in der kasachischen Hauptstadt Astana statt. Den Vorsitz des Gipfels hat Kassym-Schomart Tokajew, der Präsident von Kasachstan, wie die russische Nachrichtenagentur Interfax berichtet. Neben Kasachstan nehmen die Staatsoberhäupter aus

elf Staaten an dem CICA-Gipfel teil, und zwar Aserbaidschan, Irak, Iran, Katar, Kirgisistan, Palästina, Russland, Tadschikistan, Türkei und Usbekistan. Mit von der Partie sind auch die Vizepräsidenten aus Vietnam und China. Weißrussland nimmt an dem Gipfel als Beobachter teil. Insgesamt sollen rund 50 Delegationen bei dem Gipfel anwesend sein. Kuwait soll neues Mitglied der Vereinigung werden.

Russlands Präsident Wladimir Putin hat am Donnerstagmorgen auf der Konferenz eine Rede [gehalten](#). Das russische Staatsoberhaupt stellte fest, dass sich die globale Politik und Wirtschaft auf der Weltbühne verändere. Nach Putins Ansicht entstehe eine multipolare Welt, in der Asien eine sehr wichtige Rolle spiele. Die Länder des asiatischen Raums seien der Motor des weltweiten Wirtschaftswachstums. Russland setze sich aktiv für die Entwicklung des asiatischen Raums sowie für die Ausweitung und Vertiefung der Zusammenarbeit in verschiedenen Wirtschaftsbereichen ein.

Außerdem sprach Putin über mögliche Auswirkungen einer erhöhten Volatilität der Weltmarktpreise für Energie, Nahrungsmittel, Düngemittel und Rohstoffe. Erstens bestehe eine tatsächliche Gefahr von Hungersnöten und großen sozialen Unruhen, insbesondere in den ärmsten Ländern. Zweitens sprach Putin in diesem Zusammenhang über die zu erwartende Verschlechterung der Lebensqualität in Industrie- und Entwicklungsländern. Unterdessen werde Russland sein Bestes tun, um die betroffenen Länder mit Lebensmitteln zu versorgen. Russland fordere deshalb die Aufhebung aller künstlichen, illegitimen Barrieren, die globale Lieferketten sowie die Ernährungssicherheit behinderten.

Zudem rufe Russland auf, das globale Finanzsystem zu ändern, das es der selbst ernannten sogenannten Goldenen Milliarde seit Jahrzehnten ermöglicht habe, "auf fremde Kosten zu leben". Dabei schlug Putin eine Verwendung nationaler Währungen vor. Dies würde, so der Präsident, zur Stärkung der finanziellen Souveränität der Staaten in Asien sowie zur Entwicklung der inländischen Kapitalmärkte und zur Vertiefung der regionalen wirtschaftlichen Integration beitragen.

Was die Sicherheit in Asien betrifft, so wies Putin auf die Notwendigkeit hin, gegen terroristische Organisationen vorzugehen, die Finanzierung extremistischer Gruppen zu unterbinden, den Drogenhandel zu bekämpfen und die Propaganda radikaler Ideen zu unterdrücken. Putin erwähnte auch Afghanistan. Er wies auf die Notwendigkeit hin, die wirtschaftliche Wiederherstellung des Landes nach der militärischen Präsenz der USA und der NATO zu unterstützen. Putin forderte die Freigabe der illegal blockierten Gelder Afghanistans.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.10/article/6347da56b480cc5c9878dbb1.jpg>

Die sechste Konferenz für Interaktion und vertrauensbildende Maßnahmen in Asien (CICA),
12. Oktober

14:09 de.rt.com: **Raketentrümmer fallen auf Wohnhaus in Belgorod**

In der Stadt Belgorod im gleichnamigen russischen Gebiet an der Grenze zur Ukraine sind Raketentrümmer auf ein vielstöckiges Wohnhaus in der Gubkin-Straße [gefallen](#).

Auf Telegram wurden davon [Aufnahmen](#) veröffentlicht:

In drei Stockwerken steht die Außenmauer nicht mehr, das Dach ist eingestürzt. In der Nähe befindet sich das größte Kinderklinikum der Stadt, merken Ortseinwohner an. Zeugen zufolge sei die Flugabwehr, die die Stadt schützt, aktiv geworden. Insgesamt fünf Explosionen seien [gezählt](#) worden. Nun wird gestritten, ob die Trümmer der ukrainischen Rakete oder die der russischen Abfangrakete zu den Schäden am Gebäude führten. Die zweite Variante scheint angesichts der eher kleinen Abmessungen der Abfangrakete allerdings unwahrscheinlich. Die Abfangrakete des Systems Panzir kann man anhand ihres Startertriebwerks [erkennen](#), das auf dem Hof des Lyzeums Nr. 32 der Stadt landete.

Durch großes Glück sei kein Personenschaden entstanden, meldete der Gouverneur des Gebiets Belgorod mit Verweis auf den Bürgermeister Anton Iwanow. [Schadensermittlungen](#) seien weiterhin im Gange.



https://cdn4.telegram-cdn.org/file/QSegfjGCgVYNhE7hDbIHtgSLuE_6eD7EmIWgaEZswHOKOHAJZXel2YIqCY7M32IRWOebRxYDLmlyrTsfJ0ue3P5Y5UqTvhiqOPPZXa6orSTuSSuha_ot35Z8iH_8Y0I6YeYPVyaNfGLv8f8oDuBBJj08pljik46fQm4u80IMMgGC2IJs5KXcfzx5MXv5RJmNk1vfxg8RfqOFhJParMuqUnjrU5JtU7Ly7GN4LbYQNgz3wDWYjq5GJEiRtOEcZqMEbRUDqoDyikrAiLzuPpyLJeWbEmQaejQYo2MtUdg0F2Zx8L0my87fTlnrEILmScAW6Xl21K99uGIWAiQvXUJsw.jpg

Fragment der zur Abwehr verwendeten Panzir-Rakete

15:13 (14:13) deu.belta.by: **KGB-Chef Tertel: Der Westen versucht, eine zweite Front zu eröffnen**

Der Westen verfolgt das Ziel, Belarus mit den Satellitenstaaten Osteuropas auf eine Stufe zu stellen. Das sagte Chef des Komitees für Staatssicherheit Iwan Tertel während eines Treffens mit der Belegschaft des Kali-Unternehmens OAO Belaruskali. Tertel informierte die Mitarbeiter des Unternehmens über die aktuelle militärische und politische Situation in Belarus und außerhalb.

Belaruskali sei ein besonderer „Körper“ im belarussischen Wirtschaftssystem, bemerkte Tertel. Das Unternehmen leiste einen großen Beitrag zum Wachstum und Sorge für immense Haushaltseinnahmen. Deshalb stehe es seit langem auf der „Vernichtungsliste“ westlicher Geheimdienste und anderer destruktiven Kräfte. Das Ziel des Westens bestehe darin, den Betrieb lahmzulegen und letztendlich die Wirtschaft des Landes in eine Krise zu stürzen. „Das ist dem Westen bisher nicht gelungen. Und es wird ihm auch künftig nicht gelingen. Ihr Unternehmen trägt eine schwere Last. Unsere Aufgabe ist es, dass Sie in Ruhe arbeiten können, dass Sie Ihre Familien ernähren können und dass das Land weiterhin auf gute Arbeitsergebnisse hoffen darf“, sagte Iwan Tertel.

Das Internet heute sei ein Meer von gefälschten Informationen. Das Ziel liege klar auf der Hand – die Gesellschaft destabilisieren. „Was ist rund um Belarus los? Kurz gesagt, es findet eine Neuaufteilung der Welt statt. Natürlich wurde sie vorhergesagt. Die Welt wird nicht mehr die alte sein. Die Aufgabe des Westens besteht darin, seine Position zu festigen. Alles, was wir in der Ukraine sehen, ist eine der Etappen auf diesem Weg. Und die wichtigsten Ereignisse finden im Pazifik statt, wo sich ein ernsthafter Block gegen China bildet. China weiß das“, so der KGB-Chef. „Die Rolle der Republik Belarus hat sich in der entstehenden Situation fast verzehnfacht. Das ist in der Tat so. Und wenn wir über diese Informationen berichten, weisen wir darauf hin, dass wir uns dessen bewusst sind. Die Ziele sind einfach: Man will uns zwingen, unsere geopolitischen Prioritäten zu ändern. Man will uns mit den Satellitenstaaten Osteuropas auf eine Stufe setzen. Wir sehen sehr gut, wie sich der Westen darum bemüht, einen Rivalen auf dem postsowjetischen Raum nicht zuzulassen. Was der Westen betreibt, richtet sich auch gegen die OVKS. Es werden ernsthafte Schritte unternommen, um die OVKS zu vernichten und die Eurasische Wirtschaftsunion in ihrem Aufbau zu stoppen.“

„Der Westen versucht, eine zweite Front zu eröffnen, um die Ressourcen der Russischen Föderation für die Lösung von Nebenaufgaben abzulenken. Daher sagen wir eine Verschlechterung der Lage in der Region voraus. Unter solchen Bedingungen erfindet der Feind verschiedene Instrumente, um seine Ziele zu erreichen. Traditionell wird auf die sogenannte Opposition gesetzt. Es handelt sich dabei um Menschen, die nach dem gescheiterten Putschversuch 2020 ins Ausland geflohen sind. Wir wissen genau, von wem sie finanziert werden. Heute bereiten sie sich sehr intensiv auf eine Intervention gegen die Republik Belarus vor. Auf dem Territorium der Ukraine haben sich mehrere illegale bewaffnete Gruppen gebildet, an denen Flüchtlinge beteiligt sind“, fügte er hinzu.

„Aber alles wird gut sein. In naher Zukunft erwarten wir keine aktive Phase von Komplikationen an der Grenze, aber wir sollten trotzdem wachsam sein“, sagte der KGB-Vorsitzende.



https://deu.belta.by/images/storage/news/with_archive/2022/000022_1665663244_62350_big.jpg

15:54 (14:54) novorosinform.org: **20 Soldaten kehrten aus ukrainischer Gefangenschaft nach Russland zurück**

Als Ergebnis von Verhandlungen des Verteidigungsministeriums der Russischen Föderation sind 20 russische Kriegsgefangene aus dem Hoheitsgebiet der Ukraine zurückgekehrt.

Dies wurde im Telegram-Kanal des russischen Verteidigungsministeriums gemeldet.

„Als Ergebnis des Verhandlungsprozesses über den Austausch wurden heute 20 russische Soldaten aus dem vom Kiewer Regime kontrollierten Territorium der Ukraine zurückgebracht“, heißt es in einer Erklärung.

Es wird darauf hingewiesen, dass alle freigelassenen Soldaten die notwendige psychologische und medizinische Hilfe erhalten. Bald werden sie in medizinische Einrichtungen des russischen Verteidigungsministeriums gebracht, wo sie behandelt und rehabilitiert werden.

Zuvor hatte der Leiter des Büros des Präsidenten der Ukraine, Andrej Yermak, einen weiteren Gefangenenaustausch mit Russland bekanntgegeben. Ihm zufolge hat die ukrainische Seite 32 Kämpfer zurückbekommen.



https://novorosinform.org/content/images/57/14/55714_720x405.jpg

14:56 de.rt.com: **Puschkin Statue geköpft – Ukrainer empfanden Monument als Symbol der "russischen Welt"**

Laut einem Befürworter der "Entkommunisierung" der Ukraine sei die Statue des weltberühmten Dichters aus dem 19. Jahrhundert für die ukrainischen Behörden ein Symbol der "russischen Welt" gewesen. Wie zuvor zahlreiche andere musste nach derselben Logik auch dieses Monument zerstört werden.

Ein Denkmal im Zentrum von Kiew, das dem berühmten russischen Dichter aus dem 19. Jahrhundert Alexander Puschkin gewidmet ist, wurde am Dienstag [abgerissen](#). Dies teilte der Mitbegründer des Projekts "Entkommunisierung der Ukraine", Wadim Posdniakow, mit. Die andauernde Kampagne zur Beseitigung der sowjetischen und russischen Vergangenheit des Landes wurde damit weiter fortgesetzt. Posdniakow behauptet, die Statue, die vor der Nationalen Verkehrsuniversität stand, sei für die ukrainischen Behörden ein Symbol der "russischen Welt" gewesen. Der Abriss der Statue wurde dem ukrainischen Leutnant, Aktivist und Wissenschaftler Denis Antipow gewidmet, der im Mai bei einem Gefecht mit russischen Truppen ums Leben kam.

Zu dem Erbe, das die ukrainischen Behörden auszumerzen suchen, gehören die russische Sprache, Straßennamen und Statuen, die an zahlreiche kulturelle und politische Persönlichkeiten erinnern. Denkmäler, die Puschkin gewidmet sind, wurden besonders ins Visier genommen, da der Dichter weithin als eine der Schlüsselfiguren bei der Entwicklung der modernen russischen Literatur und der Förderung der russischen Sprache gilt.

"Puschkin ist ein Symbol des russischen Imperialismus, die Verkörperung der 'großen, mächtigen russischen Sprache', ein Kennzeichen der russischen Welt und Identität", sagte

Oleg Slabospitskij, Koordinator des öffentlichen Sektors der Bürgerinitiative Euromaidan. Er beschuldigte den Dichter, "Ukrainophobie" und "Hass auf Ukrainer und Polen" verbreitet zu haben.

Im September organisierte Slabospitskij eine Vandalismuskampagne gegen alle verbliebenen russischen und sowjetischen Denkmäler in Kiew, während die örtlichen Behörden eine Puschkin-Büste, die vor einer der Sporthallen der Stadt aufgestellt war, demontierten. Einige Wochen zuvor hatte eine Gruppe mutmaßlicher Neonazis eine andere Büste des Dichters in einer Kiewer U-Bahn-Station angegriffen und mit roter Farbe bespritzt.

Auch in mehreren anderen Städten der Ukraine wurden Puschkin-Statuen demoliert. Anfang dieses Jahres forderte eine öffentliche Petition, alle Puschkin-Straßen in der Ukraine mit dem Namen des amerikanischen Schriftstellers Stephen King umzubenennen. Sie konnte jedoch nicht genügend Unterschriften sammeln, um von den Behörden berücksichtigt zu werden.

Das ukrainische Bildungsministerium hat sich ebenso bemüht, jegliche Verbindung zur russischen Literatur aus den Lehrplänen des Landes zu tilgen. Der stellvertretende Bildungs- und Wissenschaftsminister Andrej Witrenko erklärte im Juni, dass "alles, was uns irgendwie mit dem Russischen Reich verbindet, gestrichen werden sollte." Seit dem 1. September, dem Tag des Wissens, der in einigen ehemaligen Sowjetrepubliken begangen wird, ist in einer Reihe von Schulen in der Ukraine die Verwendung des Russischen im Unterricht vollständig verboten. Selbst dort, wo es die vorherrschend gesprochene Sprache ist.

Die [seit Jahren andauernde](#), häufig gewaltvolle ukrainische Entkommuniserungs-Kampagne bezeichnete der russische Präsident Wladimir Putin im Februar als sozusagen unabgeschlossen.

"Jetzt haben dankbare Nachfahren Lenin-Denkmäler in der Ukraine abgerissen. Das nennen sie Entkommunisierung. Wollen Sie die Entkommunisierung? Nun, das kommt uns ganz gelegen. Aber Sie dürfen nicht auf halbem Weg stehen bleiben. Wir sind bereit, Ihnen zu zeigen, was echte Entkommunisierung für die Ukraine bedeutet", sagte Putin in seiner Ansprache an die Nation über die Lage im Südosten der Ukraine und erklärte, dass die moderne Ukraine vollständig vom bolschewistischen, kommunistischen Russland geschaffen worden sei.

Moskau hat die ukrainischen Behörden wiederholt für das kritisiert, was es als "gewaltsame Ukrainisierung und Entrussifizierung" bezeichnet. Diese ziele darauf, die Rechte von etwa einem Viertel der Bevölkerung des Landes zu unterdrücken.



https://cdn4.telegram-cdn.org/file/afud6CL_uEOmT8gDknB17tWLBfvphlfOigMlcIXghNHr_FCQeRWY-mOM3G94IDpviY0VO_JYd0Vr1nOyAOV-30hjKpjAjTbHmaHTal3iu8v3kDgLLkxjw8SQBXkE-CqmLY7nlg8Yy_xLbK-ioYlfaDp5-LdF2MCXAxSW3meCwCsIejATxMlvmPGmzMzlhFy_E_7h2OoTLf_ZOveWeZqp_hvPP2yXcnn3xVi-8TEodNwriEqUtuVuSXalZZvyLf1iDs_yF23R6AmIn7r5DCNMB5XTiWcKdkPrwIupzWU8ZmVJreKL3PrEFvKTjOHOyIc6ip6zpOmBWPGCoY9iB7w.jpg

15:32 de.rt.com: **Kremlsprecher Peskow: Saboteure, die TurkStream sprengen wollten, sind gefasst**

Wie der Sprecher des Kremls Dmitri Peskow am Donnerstag mitteilte, wurden Saboteure festgenommen, die einen Teil der TurkStream-Pipeline in die Luft sprengen wollten. Die Pipeline liefert russisches Gas in die Türkei.

Einige Saboteure wurden festgenommen, als sie planten, einen Teil der TurkStream-Pipeline zu sprengen, die russisches Erdgas in die Türkei liefert, sagte Kremlsprecher Dmitri Peskow am Donnerstag.

"Bestimmte Kräfte ... haben bereits einen Versuch auf TurkStream unternommen. Die Saboteure wurden gefasst, und mehrere Personen wurden verhaftet. Sie wollten es in die Luft jagen. Auf unserem Territorium, auf unserem Boden", so Peskow laut [Interfax](#).

Peskows Äußerungen folgen auf den Vorschlag Russlands, die Türkei zu einem Drehkreuz für russisches Gas zu machen und es an europäische Verbraucher zu exportieren. Er sprach am Rande eines internationalen Gipfels in Astana (Kasachstan).

[RIA Nowosti](#) erinnert daran, dass der Föderale Sicherheitsdienst Russlands (FSB) am 22. September mitgeteilt hatte, dass er einen Terroranschlag auf eine Öl- und Gasanlage verhindert habe. Die Ordnungskräfte nahmen einen 1978 geborenen Mann fest, der vom ukrainischen Geheimdienst SBU in der Ukraine rekrutiert worden war. Bei ihm wurden zwei improvisierte Sprengsätze beschlagnahmt. Das Smartphone des Verdächtigen enthielt Korrespondenz mit seinem ukrainischen Betreuer, Anweisungen zum Bau der Bombe und die Koordinaten des Explosionsortes.

TurkStream ist eine Exportpipeline, die aus zwei Strängen besteht. Die eine liefert Gas aus

Russland über das Schwarze Meer in die Türkei, die andere nach Süd- und Südosteuropa. Die Leitung hat eine Kapazität von 31,5 Milliarden Kubikmetern pro Jahr. Der Betrieb der Pipeline begann im Januar 2020.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.10/article/63481d9348fbef0719796a83.jpg>
Der russische Präsident Wladimir Putin, der türkische Präsident Recep Tayyip Erdogan, der serbische Präsident Aleksandar Vucic und der bulgarische Premierminister Bojko Borissow bei der gemeinsamen Eröffnungszeremonie für die Gaspipeline "TurkStream" in Istanbul, 8. Januar 2020

15:51 de.rt.com: **Kooperation zwischen Moskau und Caracas: Außenminister Lawrow und Faría erörtern bilaterale Projekte**

Vor dem Hintergrund der angespannten Beziehungen zum Westen setzen Russland und Venezuela vermehrt auf eine Vertiefung ihrer bilateralen Zusammenarbeit. Am Dienstag haben die Außenminister der beiden Länder in Moskau die Umsetzung gemeinsamer Projekte erörtert.

Vor seiner Teilnahme am internationalen Forum "Russische Energiewoche", das am 12. Oktober in Moskau begann, hat sich der venezolanische Außenminister Carlos Faría am Dienstag mit seinem russischen Amtskollegen Sergei Lawrow getroffen. Ins Gespräch kam die bilaterale Zusammenarbeit. Das russische Außenministerium sprach von einer herzlichen und freundlichen Atmosphäre des Treffens.

"Die Minister hoben eine dynamische Entwicklung des politischen Dialogs und der praktischen Zusammenarbeit im Geiste der strategischen Partnerschaft hervor. Sie erörterten die Umsetzung gemeinsamer Projekte und vereinbarten Schritte zum Ausbau der bilateralen Beziehungen in verschiedenen Bereichen."

Außerdem einigten sich die beiden Chefdiplomaten auf eine weitere Stärkung der außenpolitischen Koordination in verschiedenen multilateralen Formaten, um auf eine gerechtere und demokratischere Weltordnung hinzuarbeiten. Nach Angaben des russischen Außenministeriums gab Lawrow Faría "notwendige Erklärungen" im Zusammenhang mit dem Beitritt der Volksrepubliken Donezk und Lugansk sowie der Gebiete Saporoschje und Cherson zur Russischen Föderation. Dabei wurde das Recht dieser Regionen auf Selbstbestimmung betont.

Russlands Außenminister verurteilte bei dem Treffen entschieden alle einseitigen Sanktionen als Instrument der Einmischung in innere Angelegenheiten souveräner Staaten. Moskau unterstütze die Bemühungen von Caracas, die politische und wirtschaftliche Stabilität im südamerikanischen Land zu stärken. Russland sei zu einem gegenseitig respektvollen Dialog mit allen Ländern der Region bereit und wolle die Zusammenarbeit mit ihnen konstruktiv und zum gegenseitigen Vorteil entwickeln.

Faría bezeichnete auf Twitter das Treffen als fruchtbar und solidarisierte sich mit dem Volk Russlands. Venezuela verpflichtete sich, das strategische Niveau des bilateralen Verhältnisses weiterhin zu steigern.

Am 12. Oktober hat in der russischen Hauptstadt Moskau das internationale Forum "Russische Energiewoche" begonnen. Das Thema des Forums, das seit dem Jahr 2017 bereits zum fünften Mal stattfindet, lautet "Globale Energiewirtschaft in einer multipolaren Welt". An der Veranstaltung beteiligen sich traditionell größte Unternehmen und führende Experten im Energiebereich. Auf dem Programm stehen mehr als 40 Diskussionsrunden. Das Ziel des Forums ist es, das Potenzial der russischen Energiewirtschaft zu zeigen und die internationale Kooperation im Energiebereich anzukurbeln. Ins Gespräch kommen aktuelle Herausforderungen, mit denen die Branche weltweit konfrontiert wird.



<https://pbs.twimg.com/media/Fe0AK41WYAUG4jA?format=jpg&name=small>
Carlos Faria und Sergei Lawrow am 11. Oktober in Moskau (Bild: [Außenministerium Venezuelas](#))

15:23 de.rt.com: **Gefangenentausch: 20 russische Soldaten wieder zu Hause**

Zwanzig russische Soldaten und Offiziere sind nach Verhandlungen aus dem von Kiew kontrollierten Gebiet der Ukraine zurückgekehrt, teilte das russische Verteidigungsministerium auf seinem Telegram-Kanal mit:

"Als Ergebnis der Verhandlungen im Rahmen des Austauschprozesses sind heute zwanzig russische Militärangehörige aus dem von Kiew kontrollierten Territorium der Ukraine zurückgekehrt."

Die Befreiten erhielten bereits jede sofort leistbare medizinische und psychologische Hilfe, fügte das Ministerium hinzu – und sie würden so bald wie möglich zur Behandlung und Rehabilitation in medizinische Einrichtungen des Verteidigungsministeriums gebracht.

15:54 de.rt.com: **Russisches Außenministerium verwarnt Deutschland, Dänemark und Schweden wegen Entscheidung zur Untersuchung der Nord Stream-Sprengung**

Die Botschafter Deutschlands, Dänemarks und Schwedens in Moskau hätten einen scharfen Protest gegen die Weigerung erhalten, Russland in die Untersuchung der Nord Stream-Explosionen einzubeziehen. Dies teilte das russische Außenministerium mit.

Die Behörde betonte, dass die Leiter der diplomatischen Vertretungen Deutschlands, Dänemarks und Schwedens in den letzten Tagen ins russische Außenministerium einbestellt worden seien. Moskau habe seine Verwunderung darüber zum Ausdruck gebracht, dass auf die Bitte des russischen Premierministers Michail Mischustin vom 5. Oktober, Vertreter der zuständigen Behörden des Landes und von Gazprom in die laufenden Ermittlungen einzubeziehen, keine Reaktion erfolgt sei. Das Auswärtige Amt teilte in der Erklärung mit: "Wenn russischen Experten der Zutritt zu den laufenden Ermittlungen verweigert wird, geht Moskau davon aus, dass die betreffenden Länder etwas zu verbergen haben oder die Urheber dieser terroristischen Handlungen decken wollen. Russland wird natürlich keine 'Pseudo-Ergebnisse' einer solchen Untersuchung anerkennen, wenn keine russischen Experten daran

teilnehmen."

16:02 de.rt.com: **Parlament außen vor – Pipeline-Anschlag als Geheimnis verbündeter Nachrichtendienste**

Auch die Bundesregierung gehe von einer "gezielten Sabotage" der Pipelines Nord Stream 1 und 2 aus, "wahrscheinlich durch staatliche Akteure", zitiert die Linken-Abgeordnete Žaklin Nastić aus einer Antwort auf eine Anfrage. Nun müsse die Information ins Parlament, fordert sie.

Dass es eine Art technische Störung gewesen sein könnte, durch die gleich zwei Unterwasser-Pipelines zwischen Russland und Deutschland am 26. September 2022 beschädigt wurden, wird vielerseits ausgeschlossen.

So ist auch die NATO überzeugt, dass die Beschädigungen an gleich zwei deutsch-russischen Ostsee-Gaspipelines wohl auf Sabotage zurückzuführen sind. "Alle derzeit verfügbaren Informationen deuten darauf hin, dass dies das Ergebnis vorsätzlicher, rücksichtsloser und unverantwortlicher Sabotageakte ist", hieß es in einem Statement des Nordatlantikrats der 30 Mitgliedstaaten Ende September.

Und auch die Bundesregierung ist davon überzeugt, wie die Antwort auf eine Anfrage zeigt, aus der Žaklin Nastić, Obfrau der Linken im Verteidigungsausschuss, zitiert.

Anhand des zeitlichen Abstands von exakt 17 Stunden zwischen den Explosionen an gleich zwei Pipelines schließe das Militärische Nachrichtenwesen der Bundeswehr eine zeitgleiche technische Fehlfunktion nahezu aus. Die Bundesregierung gehe daher von einer gezielten Sabotage der Pipelines Nord Stream 1 und 2 aus, wahrscheinlich durch staatliche Akteure. Berlin dürfte, als eines der Hauptgeschädigten, ein hohes Interesse an der Aufklärung und Ahndung der Tat haben. Doch die Linken-Abgeordnete vermisst Transparenz seitens der Bundesregierung und fordert eine Freigabe der Geheimdienstinformationen.

Diese werde dem Bundestag vorenthalten, und zwar mit Verweis auf die sogenannte Third-Party-Rule, wonach die Weitergabe nachrichtendienstlicher Erkenntnisse, die ein Geheimdienst von einem Partner erhält, untersagt ist, außer dieser erlaubt es. Diese Regel wird offiziell auch als "Geschäftsgrundlage vertraulicher Zusammenarbeit der Nachrichtendienste" bezeichnet und schließt die Weitergabe an andere Staaten ebenso aus wie an Behörden oder Institutionen des kooperierenden Staates, der die Infos erhalten hat.

Dies ist die Voraussetzung für einen Austausch zwischen den Diensten, steht aber als Praxis in der Kritik, weil es für eine parlamentarische Kontrolle der Geheimdienste hinderlich ist.

Dahingehend kritisiert die gebürtige Polin: "Unter Verweis auf mögliche Konflikte mit den Interessen verbündeter Staaten beziehungsweise deren Geheimdiensten, die sogenannte Third-Party-Rule, verweigert die Bundesregierung alle weiteren Informationen. Sie verweigert selbst die sonst übliche Information unter Verfassungsschutz-Einstufung oder eine Hinterlegung bei der Geheimschutzstelle des Deutschen Bundestages."

Doch nach Ansicht der Politikerin müsse das Parlament umso dringender einbezogen werden, wenn die Regierung davon ausgeht, dass ein Bekanntwerden ihrer Informationen zu einer Störung der wechselseitigen Vertrauensgrundlage mit Alliierten führen oder den Schutz deutscher Interessen im Ausland beeinträchtigen könnte.

"Es handelt sich um einen schweren Angriff auf die Souveränität der Bundesrepublik. Zudem wurde durch den Anschlag eine für die Energieunabhängigkeit des Landes strategisch wichtige Infrastruktur zerstört. In dieser ernstesten Lage müssen die Abgeordneten einbezogen werden."



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.10/article/6346dfb948fbef6a08759c46.jpg>

Das Luftbild der schwedischen Küstenwache zeigt ein Gasleck der Nord Stream-Pipeline in der Ostsee, nachdem ein viertes Leck entdeckt wurde, 27. September 2022.

17:10 (16:10) novorosinform.org: **Russland führte erneut Angriffe gegen die ukrainische Infrastruktur durch**

Die russischen Streitkräfte haben eine Reihe von Raketenangriffen auf ukrainische Infrastruktureinrichtungen gestartet. Einige von ihnen wurden erneut getroffen.

So wurden in der **Region Kiew** drei Explosionen registriert. Nach Angaben des Leiters der Militärverwaltung der Region Kiew, Alexej Kuleba, sind ukrainische Spezialdienste bereits vor Ort im Einsatz. Er forderte außerdem die Bewohner der Region auf, keine falschen Informationen zu verbreiten.

Der Vorsitzende der regionalen staatlichen Verwaltung von **Lwow** bestätigte in seinem Telegrammkanal wiederholte Treffer russischer Raketen in einem der Militärobjekte im Bezirk Solotschiw der Region.

Der Abgeordnete der Werchowna Rada Alexej Gontscharenko hat in seinem Telegram-Kanal über Explosionen in der **Region Ternopil** in der Ukraine berichtet.

Über die Explosionen in **Saporoschje** berichtete der ukrainische Fernsehsender „Direct“ auf Telegram. In der Stadt und der Region wurde Luftalarm ausgelöst.

Darüber hinaus werden Explosionen in den **Regionen Rivne und Wolynien** gemeldet. Informationen zu den betroffenen Objekten werden noch präzisiert.

16:17 de.rt.com: **Nowak: Russland wird kein Öl an Länder liefern, die eine Preisobergrenze eingeführt haben**

Der stellvertretende russische Ministerpräsident Alexander Nowak hat erklärt, dass Russland kein Öl in die Länder liefern werde, die eine Preisobergrenze eingeführt haben, unabhängig von deren Höhe.

Er äußerte sich auch zu dem Vorschlag der USA, eine Preisobergrenze für russisches Öl von 60 US-Dollar festzulegen. Seiner Meinung nach kann Washington alles sagen, was es will, aber der Preis sollte vom Markt bestimmt werden.

Zuvor hatte der russische Präsident Wladimir Putin erklärt, Russland habe nicht vor, Energieressourcen an Länder zu liefern, die ihnen eine Preisobergrenze auferlegt haben. In seinen Worten:

"Russland wird nicht gegen den gesunden Menschenverstand handeln und für das Wohlergehen anderer auf eigene Kosten aufkommen."

16:39 de.rt.com: **"Die Referenden entsprechen den Grundsätzen des Völkerrechts" – Russland untermauert Legitimität vor UN-Generalversammlung**

Die Generalversammlung der Vereinten Nationen hat am Mittwoch dafür gestimmt, Russlands "versuchte illegale Annexion" von vier ukrainischen Gebieten zu verurteilen und Moskau aufzufordern, sein Vorgehen unverzüglich rückgängig zu machen.

Die Abstimmung in der 193 Mitglieder zählenden Weltorganisation fiel mit 143 zu 5 Stimmen bei 35 Enthaltungen aus. Im Vergleich der vier Resolutionen, die sie seit dem Beginn der russischen Sonderoperation in der Ukraine am 24. Februar verabschiedet wurden, ist dies die stärkste Unterstützung der Generalversammlung für die Ukraine und gegen Russland.

Vor der Bekanntgabe der Abstimmung erklärte der ständige Vertreter Russlands bei der UNO, Wassili Nebensja, die westliche Unterstützung für die Ukraine diene nur dazu, Russland zu treffen. Er sagte:

"Der Westen ist völlig taub für die Probleme des Globalen Südens und für die Forderungen, diese endlich anzugehen. Alle Anstrengungen werden unternommen, um das ukrainische Narrativ zu fördern, aber nicht zum Wohle des Landes, sondern nur, um Russland zu schaden."



<https://thumbs.odycdn.com/385d0a3ebd237d0f5fd4a79bcb0de202.webp>

Telegram-Kanal des Stabs der Territorialverteidigung der DVR: **Abendbericht des Stabs der Territorialverteidigung der DVR am 13.10.2022**

Die Behörden der DVR führen weiter vorrangige Maßnahmen zum Wiederaufbau des sozial-humanitären Bereichs durch.

In 41 befreiten Ortschaften wurden Renten ausgezahlt.

In Melekino wurde an Kommunikationsobjekten LTE-Ausrüstung montiert und in Betrieb genommen.

Mehr als 440 Menschen wandten sich an die Einrichtungen des Gesundheitswesens.

In Mariupol, Wolnowacha, Swetlodarsk und Luganskoje gehen die Reparaturarbeiten am Gasversorgungssystem weiter.

Zivilschutzkräfte haben mehr als 16 Hektar Gelände untersucht und 100 explosive Objekte entdeckt.

Spezialisten der Elektrizitätswerke setzten die Reparatur- und Wiederaufbauarbeiten an Stromnetzen und Umspannwerken in Mariupol, Wolnowacha und Mironowskij fort.

Die bewaffneten Formationen der Ukraine beschießen weiter Objekte der Stromversorgung der Donezker Volksrepublik. In der Folge von Angriffe haben Industriebetriebe, soziale Objekte und Haushaltsverbraucher keinen Strom.

Die ukrainischen Kämpfer beschießen zielgerichtet Energieinfrastruktur, um im Donbass eine humanitäre Katastrophe zu schaffen. Auch in den Ortschaften, die im Verlauf der militärischen Spezialoperation befreit wurden, hat der Gegner dem Stromversorgungssystem enormen Schaden zugefügt.

Dennoch unternehmen die Energietechniker der Donezker Volksrepublik alle notwendigen Maßnahmen, um rechtzeitig Reparatur- und Wiederaufbauarbeiten an den Stromnetzen und Umspannwerken vorzunehmen.

Das Innenministerium und die Militärkommandantur der DVR überprüfen weiter Ausweise und gewährleisten den Schutz der öffentlichen Ordnung in allen befreiten Ortschaften.

Bei Informationen über verdächtige Personen oder mögliche rechtswidrige Aktivitäten bitten wir, sich unverzüglich an die Telefonnummern des Staatssicherheitsministerium der DVR zu wenden.

17:12 de.rt.com: **Interimsgouverneur des Gebiets Cherson appelliert an russische Behörden, um Zivilisten in sichere Gebiete zu bringen**

Der Interimsgouverneur des Gebiets Cherson, Wladimir Saldo, hat am Donnerstag an die russischen Behörden mit der Bitte appelliert, die Abreise der Einwohner in sichere Gebieten aufgrund der täglichen ukrainischen Raketenangriffe zu organisieren. Ihm zufolge seien vor allem Nowaja Kachowka, Cherson, Golaja Pristan, Tschernobajewka täglich betroffen. Am meisten würden Zivilisten leiden, weil die ukrainischen Soldaten Hotels, Häuser und Märkte beschießen sollen. Er fügte hinzu, dass sich die ukrainischen Behörden an den Bewohnern von Cherson für die im September bei den Referenden getroffene Wahl rächen wollen. Es sei allen Einwohnern des Gebiets Cherson angeboten worden, in die naheliegenden Gebiete, und zwar auf die Krim sowie in die Gebiete Rostow, Krasnodar und Stawropol zu gehen. Das gelte zunächst für die Bewohner, die am rechten Ufer des Dnepr leben, sagte Saldo, aber alle Einwohner können diese Möglichkeit nutzen.

17:31 de.rt.com: **NATO plant für atomares Schreckensszenario**

Die NATO-Mitgliedstaaten bereiten sich auf das Schreckensszenario vor, dass Atomwaffen eingesetzt werden könnten. Die Verteidigungsminister von 29 der 30 Bündnisstaaten berieten am Donnerstag bei einem als geheim eingestuften Treffen der sogenannten Nuklearen Planungsgruppe. Im Raum stand dabei unter anderem die Frage, was ein Atomwaffeneinsatz für das Bündnis bedeuten würde und wie die nukleare Abschreckung der NATO maximiert werden kann. Zu Details des Treffens gab es von den Teilnehmern keine konkreten Angaben. Die Bundesverteidigungsministerin Christine Lambrecht (SPD) erklärte am Rande des Treffens:

"Ich bitte um Verständnis, dass wir solche Abstimmungen eben auch in internen, in geheimen Gremien machen."

Sie könne aber sagen, dass man vorbereitet sei. Beteiligt an den Beratungen waren mit Ausnahme von Frankreich alle NATO-Mitgliedstaaten. Die derzeit einzige Atommacht unter den EU-Ländern setzt seit Jahrzehnten auf das Prinzip der "nuklearen Unabhängigkeit" und ist deswegen nicht Mitglied der Nuklearen Planungsgruppe.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.10/original/6348274db480cc03256b63fc.jpg>

abends:

18:27 de.rt.com: **Russisches Verteidigungsministerium: Ukrainische Verluste in den Richtungen Kupjansk, Krasny Liman und Nikolajew-Kriwoi Rog belaufen sich auf über 220 Militärangehörige**

Der Pressesprecher des russischen Verteidigungsministeriums, Generalleutnant Igor Konaschenkow, hat die Fortschritte der russischen militärischen Sonderoperation in der Ukraine beschrieben. Er sagte, die ukrainischen Streitkräfte hätten versucht, Orljanka und Kotljarowka im Gebiet Charkow in Richtung Kupjansk anzugreifen, und die russischen Streitkräfte hätten den Angriff zurückgeschlagen. Der Feind erlitt Verluste von über 50 ukrainischen Soldaten, drei Panzern, vier Schützenpanzern und sieben Fahrzeugen. Konaschenkow sagte auch, dass die ukrainischen Streitkräfte in Richtung Krasny Liman einen weiteren Versuch unternommen haben, den Fluss Scherebez zu überwinden, um Stelmachowka und Rosowka in der LVR zu erobern. Das Feuer der russischen Streitkräfte zerstreute den Feind an den Zugängen zum Fluss und zog sich zurück. Zwei Panzer, fünf Schützenpanzer, zwei Kleinlastwagen und etwa 60 ukrainische Soldaten seien zerstört worden, so Konaschenkow.

Das russische Verteidigungsministerium meldete noch, dass Einheiten der ukrainischen Streitkräfte Offensiven in Richtung Pjatichatka, Kostromka, Beswodnoje und Prawdino im Gebiet Cherson in Richtung Nikolajew-Kriwoi Rog durchgeführt hätten. Alle Angriffe seien von den russischen Streitkräften abgewehrt worden. Mehr als 110 ukrainische Militärangehörige, 21 gepanzerte Kampffahrzeuge und 12 Spezialfahrzeuge seien zerstört worden.

Darüber hinaus teilte Generalleutnant Konaschenkow mit:

- Ein Kampfflugzeug der russischen Luftwaffe schoss eine MiG-29 der ukrainischen Luftwaffe in der Nähe von Cherwony Saporoschez, Gebiet Dnepropetrowsk, ab;
- Russische Luftabwehrkräfte hätten in der Gegend von Porskalewka, Gebiet Poltawa, eine Su-27 der ukrainischen Luftstreitkräfte abgeschossen;
- 16 Granaten der US-amerikanischen HIMARS und der ukrainischen Olcha-Mehrfachraketenwerfer seien in der Nähe von Troitskoje (LVR), Tschernobajewka, Korsunka, Noworaisk, Kachowka, Antonowka und Nowaja Kachowka (alle - Gebiet Cherson) abgefangen worden;

- 10 US-HARM-Anti-Radar-Raketen seien in den Bezirken Gusselskoje (DVR) und Nowaja Kachowka (Gebiet Cherson) abgeschossen worden.

18:42 de.rt.com: **Putin: Türkei könnte wichtiges Transitzentrum für Erdgas werden**

Während eines Treffens mit seinem türkischen Amtskollegen erklärte der russische Staatschef, dass die Türkei zu einem wichtigen Drehknoten für Erdgaslieferungen nach Europa werden könnte. Auch ein Teil der Erdgaslieferungen, die bisher über das Baltikum erfolgten, könnten stattdessen über die Türkei laufen.

Der russische Präsident Wladimir Putin hat am Donnerstag mit dem türkischen Präsidenten Recep Tayyip Erdogan über die Idee gesprochen, ein Erdgasverteilungszentrum in der Türkei zu schaffen, und fügte hinzu, dass dies eine Plattform nicht nur für Lieferungen, sondern auch für die Preisgestaltung sein könnte.

Nach Konsultationen auf der Russischen Energiewoche am Mittwoch schlug die russische Seite vor, den Bau eines weiteren Gaspipelinesystems und die Einrichtung eines Gashubs in der Türkei für den Verkauf an Drittländer in Betracht zu ziehen. Putin sagte während eines Treffens mit seinem türkischen Amtskollegen in Astana:

"Während der Arbeit an diesem Knotenpunkt, den wir gemeinsam schaffen könnten, wäre dies natürlich eine Plattform nicht nur für Lieferungen, sondern auch für die Preisgestaltung. Denn die Preisgestaltung ist ein sehr wichtiges Thema. Die Preise sind heute exorbitant hoch." Der russische Staatschef fügte hinzu, dass "wir die Preise in aller Ruhe auf einem normalen, marktüblichen Niveau regulieren könnten, ohne jegliche politische Untertöne".

Er erklärte daraufhin auch, dass die Türkei der zuverlässigste Partner für den Transit russischer Energie nach Europa sei. Putin sagte:

"Die Lieferungen unserer Kohlenwasserstoffe, einschließlich Erdgas, entsprechen in vollem Umfang Ihren Wünschen. Wir führen auch den Transit durch die Türkei in die europäischen Länder durch. Die Türkei hat sich heute als die zuverlässigste Route für Lieferungen auch nach Europa erwiesen."

Der Sprecher des Kremls, Dmitri Peskow, erklärte später am Tag, dass Ankara sehr an dem Projekt interessiert sei.

Gleichzeitig wies Präsident Erdogan darauf hin, dass Ankara und Moskau an der Lieferung russischer Agrarprodukte an arme Länder arbeiten würden.

"Wir können zusammenarbeiten, um die Länder zu benennen, die russische Produkte benötigen. Für uns ist es wichtig, dass die Produkte an die bedürftigen Länder geliefert werden. Selbst wenn diese gemeinsamen Schritte der Türkei und der Russischen Föderation einige bekannte Kreise beunruhigen, werden sie die bedürftigen Länder glücklich machen." Die beiden Präsidenten verhandelten in Astana rund 1,5 Stunden lang, wie türkische Medien berichteten.

Putin hatte am Mittwoch im Zusammenhang mit den Sabotageakten gegen die Nord-Stream-Pipelines die Idee geäußert, ein Erdgasverteilungszentrum zu schaffen. Er erklärte, dass ein Teil des baltischen Transits über das Schwarze Meer nach Europa geleitet werden könnte. Er betonte jedoch erneut, dass Moskau keine Ressourcen liefern werde, wenn die EU Preisobergrenzen einführe.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.10/article/6348191c48fbef31082557f8.jpeg>

18:51 de.rt.com: **Kremlsprecher Peskow: Ziele der Sonderoperation lassen sich auch durch Verhandlungen erreichen**

Kremlsprecher Dmitri Peskow hat in einem am Donnerstag auf dem Telegram-Kanal der Zeitung Iswestija veröffentlichten Interview erklärt, dass die Ziele der militärischen Sonderoperation in der Ukraine für Russland dieselben seien. Sie ließen sich auch durch einen Dialog erreichen.

"Die militärische Sonderoperation wird fortgesetzt. Sie wird fortgesetzt, damit wir unsere Ziele erreichen, da wir dies früher mit politisch-diplomatischen Mitteln nicht geschafft haben."

Peskow erklärte, dass Russlands Opponenten einfach auf keine Vereinbarungen eingegangen seien. Die russische Sonderoperation sei deswegen zum äußersten Mittel geworden.

"Dabei betonen wir immer wieder, dass wir für Verhandlungen offen bleiben, um unsere Ziele zu erreichen."



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.10/original/634830c9b480cc423c21a05b.jpg>

19:01 de.rt.com: **Wahlverliererin Tichanowskaja im auswärtigen Ausschuss des EU-Parlaments**

Tichanowskaja erhebt weiterhin Anspruch, Repräsentantin von Weißrussland zu sein. Durch eine Einladung in den auswärtigen Ausschuss des EU-Parlaments wird sie in dieser Auffassung bestärkt. Fast zeitgleich hält Lukaschenko in Astana eine Rede vor

Staatsoberhäuptern, die rund die Hälfte der Weltbevölkerung repräsentieren. Die weißrussische Wahlverliererin Swetlana Tichanowskaja beansprucht weiterhin, die rechtmäßige Repräsentantin von Weißrussland zu sein. Die EU unterstützt diese Sichtweise. Das wird anlässlich einer [Sitzung](#) des Ausschusses für auswärtige Angelegenheiten des EU-Parlaments deutlich, zu der Tichanowskaja als Rednerin eingeladen war. Der Vorsitzende des Ausschusses, der Christdemokrat David McAllister, stellte Tichanowskaja als Vorsitzende des "United Transitional Cabinet of Belarus" vor, das von Tichanowskaja im August 2022 mit dem Ziel gegründet wurde, die Machtübergabe einzuleiten. Das Cabinet wird in Weißrussland nicht anerkannt, Gespräche – gar über eine Machtübergabe – finden nicht statt. Bereits im Februar veröffentlichte der weißrussische Oppositionssender *belsat* ein Video, in dem Tichanowskaja das Präsidentenamt für sich beansprucht und zum Putsch aufruft. Tichanowskaja lebt im Exil in der EU. Die weißrussische Politikerin wirft Präsident Lukaschenko vor, die Souveränität Weißrusslands an das "Dunkle Imperium" zu verkaufen – eine Anspielung an das "Dark Empire" unter Senator Palpatine in der Filmreihe Star Wars; gemeint ist hier aber Russland. Hinsichtlich der verabredeten militärischen Kooperation zwischen Weißrussland und Russland spricht sie von "russischer Besatzung". Sie fordert den Abzug aller russischer Truppen und den Stopp der weißrussischen Aggression gegen die Ukraine, die EU und die NATO. Konterkariert wird der Besuch Tichanowskajas im EU-Parlament von dem Auftritt Lukaschenkos bei dem Treffen der Konferenz für Zusammenarbeit und vertrauensbildende Maßnahmen in Asien (CICA) in der kasachischen Hauptstadt Astana. Dort trafen sich die Führer von 27 Ländern. Lukaschenko hob in seinem [Redebeitrag](#) die Bedeutung der Kooperation und Zusammenarbeit von souveränen Staaten hervor, die im Interesse ihrer Bevölkerung gemeinsames Wachstum und Wohlstand fördern. Dazu gehöre die Achtung des Völkerrechts, das beispielsweise die Einmischung in die inneren Angelegenheiten anderer Länder verbiete. Die Konferenzteilnehmer repräsentieren nicht weniger als die Hälfte der Weltbevölkerung.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.10/article/6348442d48fbef01fb1170a4.jpg>
Swetlana Tichanowskaja bei der Verleihung des Karlspreises